

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeitzer Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einlegung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 48.

Sonnabend, den 30. November 1907.

11. Jahrgang.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Über alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Esperert sind: Erfurt: Wertpläze Walter u. Merkel. Jena: Konradus. Dresden: Brückenbau, die Firmen Dyckerhoff und Widmann sowie Holzmann u. Komp. Schmalkalden: Steinbruch Peter. Brotterode: Platz Trogner.

Berlin II. Marmorarbeiter haben nach hier Zugang streng fernzuhalten.

Meißen. Die Aussperrung bei Köhler dauert fort. Köhler sendet immer noch seine Werbeapostel nach den Steinbruchgebieten des In- und Auslandes.

Kollegen, meidet jeden Zugang nach Meißen. Köhler hat damals 250 Steinarbeiter ausgesperrt, mag er jetzt auch die Folgen tragen.

Königs-Lutter. Die hiesigen Kollegen stehen schon seit Wochen im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Kalberslautern. Der Unternehmer Krödel mutet den Kollegen zu, bedeutend unter Tarif zu arbeiten. Die Arbeit wurde wegen Tarifbruch eingestellt.

Wolke. Im Granitwerke von Auerwald in Lohmen wurden eine Anzahl Kollegen gemahregelt, weil sie unserem Verbände beigetreten sind. Wir bitten daher jeden Zugang von Arbeitskräften fernzuhalten.

Die Finanzlage des Reiches.

Noch niemals hat der Reichstag, der am letzten Freitag sich wieder versammelte und ein gerüttelt und geschüttelt Maß von Arbeit zu erledigen hat, einen solch ungünstigen Reichsetat vor Augen gesehen, wie den für 1908, den die Norddeutsche Allgemeine Zeitung jedoch veröffentlichte! 124 Mill. Mark ungedeckte Matrikularbeiträge sind zu verzeichnen, die im letzten Etat erst 85,5 Mill. Mark ausmachten; 108 Mill. Mark werden für Militär- und Marinezwecke mehr gefordert als im vorigen Jahre; weitere 60 Millionen werden für die längst versprochenen Neuregelungen der Beamtengehälter verlangt. Trotz der 70 Mill. Mark Mehreinnahmen aus den neuen Wucherzöllen, trotz der Finanzreform von 1906, die nominell 180 Millionen bringen sollte — eine Summe, wie sie dem Reiche seit seiner Existenz noch nie auf einmal bewilligt worden war —, aber wegen ihrer Kleinlichen Systemlosigkeit nur mit 100 Millionen Einnahme im Etat verzeichnet ist. Schon am 1. Oktober betrug die Schuldenlast des Reiches zusammen 4 003 500 000 Mk., für deren Verzinsung im Etat fast 147 Mill. Mark angelegt sind! Was für Worte wird nun Bülow angesichts dieser riesenhaften Reichsschuld finden, der in der Etatsrede vom 5. Dezember 1906 betonte, die Schulden seien so gewachsen, daß „man es nicht für möglich halten sollte!“ Man vergegenwärtige sich nur folgende Entwicklung: 1877 war das Reich fast völlig schuldenfrei, 1881/82 hatte es 320 Mill. Mark Schulden, 1891/92 ca. 1687 Millionen, 1896/97 gegen 2141 Millionen, 1901: 2813 Millionen, 1906/07: 3633 Millionen, und jetzt — über vier Milliarden! Von einem Etatjahre zu dem andern ist also die Reichsschuld um eine größere Summe gestiegen, als 1881/82 die ganze Reichsschuldenlast betrug. Reden schon diese nackten Ziffern eine gar deutliche Sprache und kennzeichnen sie treffender als die Worte die Wirklichkeit des „neuen Kurzes“, so gibt eine Darlegung des Wachstums der Reichsausgaben eine noch lehrreichere Tabelle. Sie betragen in den Reichsetats:

Jahr	Millionen Mark
1877/78	569
1886/87	694
1892/93	1244
1902/03	2168
1904/05	1892
1906/07	2143
1907/08	2750

Wenn man die Bevölkerungszunahme prozentual hinzuzieht, hätten die Reichsausgaben seit 1877/78 von 569 Millionen bis jetzt auf etwa 770 Mill. Mark gestiegen sein sollen. Statt dessen betragen sie zwei Milliarden mehr, 2750 Mill. Mark!

Die Hauptschuld an diesem alles Maß übersteigenden Wachstum liegt bei den ständig steigenden Ausgaben für Rüstungszwecke, für den Militarismus, für die „uferlosen Flottenpläne“. Und mitten in diese jammervolle Situation hinein pläzt die Veröffentlichung eines Entwurfs zu einem neuen Flottengesetz, der im Dezember dem Reichstage vorgelegt werden soll und 60 Mill. Mark neuen Aufwand fordert. Unter dem Deckmantel der Verringerung der Lebensdauer der Linienschiffe verbirgt sich in Wahrheit eine völlige Umwälzung des Flottengesetzes von 1900. Die Schraube ohne Ende, trotz Saager-Friedenskonferenz, trotz stürmischer Veröhnungs- und Verbrüderungsreden der Monarchen! — Und hier ist auch gleich der Ort, auf die wahrhaft kläglichen Summen hinzuweisen, die der neue Reichsetat für wirkliche Kulturaufgaben vorsieht. Zur Bekämpfung des gefährlichsten Feindes der Proletariatsgesundheit, der Tuberkulose, werden ganze 120 000 Mk. gefordert, zur Bekämpfung des Syphus, 50 000 Mk., zur

Bekämpfung des Syphus, der alljährlich in den Industriebezirken so große Opfer erfordert, ganze 200 000 Mk.! Zusammen 50 000 Mk. weniger als im Vorjahre, während für Kriegszwecke weit über 100 Mill. Mark mehr gefordert werden. Kann man sich aufreizendere Ziffern denken — in einem Lande, das nach Bülow in der Welt vorangeht, in dem Kulturaufgaben angeblich niemals leiden?

Daß diese Finanzmishwirtschaft des Reiches verzweifelte Ähnlichkeit mit der eines Bankrotteurs hat, der blindlings einseitige Wucherpolitik treibt, um sich noch für einige Zeit über Wasser zu halten, ergibt sich so recht aus einer detaillierten Betrachtung, der im Etat 1908 vorgelegenen Einnahmen. Während die Reichspost nur einen Ueberschuß von etwas über drei Millionen gegenüber dem Vorjahre hat, sind die Einnahmen aus Zöllen, Steuern und Gebühren auf 1258 Mill. Mark veranschlagt. Aus diesen Einnahmen ergibt sich ein Ueberschuß von 70,4 Millionen gegenüber dem Vorjahre. Und was für ein Ueberschuß! Aus den neuen Wucherzöllen stammen sie zur Hauptsache, die immer drückender auf den Schultern der Arbeiterklasse lasten und in rapider Steigerung die wichtigsten Nahrungsmittel verteuern. Von den 66 Millionen Mehreinnahmen aus Zöllen entfallen 53 Millionen auf Getreide und Fleisch; auf die Zuckersteuer 2 870 000 Mk., auf die Salzsteuer 1 874 000 Mk. Die 53 Mill. Mark aus Zolleinnahmen können jedoch zur Deckung der Ausgaben nicht herangezogen werden. Bekanntlich bestimmt die mit dem Zolltarif von 1902 angenommene Ley Trimbora, daß die Mehreinnahmen aus den Zöllen für eine künftige Witwen- und Waisenversicherung zu verwenden sind. Dieses vom Zentrum durchgedrückte Gesetz sollte dessen Wähler mit der volksfeindlichen Politik der Zentrumsfraktion versöhnen, die den Wucherzöllen den Segen gab. Seine Verwirklichung steht freilich angesichts der Finanznot auf schwachen Füßen; die Kölnische Zeitung machte vor einigen Tagen den Vorschlag, das Gesetz bis auf weiteres zu verlagern, und das Organ der „jüngsten Junker“, die Schlesische Zeitung, plädierte mit dürren Worten für seine gänzliche Beseitigung. Das Proletariat soll also mit Knuten und Skorpionen gequält werden, wenn es nach den preußischen Junkern ginge. Selbst wenn aber jene 53 Mill. Mark ihrem gesetzmäßigen Zwecke zugeführt werden sollten und somit die Haupteinnahmequelle des Reichs nur einen Mehrertrag von 20,6 Mill. Mark abwerfen würde, so wird doch die Kläglichkeit dieses Abschlusses von den Ergebnissen der Reichsfinanzreform von 1906 weit übertroffen. Die Fahrkartensteuer ergibt einen Minderertrag von 6 860 000 Mk., die Automobilsteuer von 980 000 Mk., die Lantiensteuer von 3 920 000 Mk.

Im ganzen ergibt sich mit aller nur möglichen Deutlichkeit, daß der Krug so lange zum Wasser geht, bis er bricht: — daß das bisherige Steuersystem, die indirekten Steuern dem Reiche vorzubehalten und die Einnahmen aus direkter Besteuerung den Einzelstaaten nach Gutdünken zu überlassen, kläglich zusammengebrochen ist. Und in der Tat: nie drängte die Zeit mehr nach Einführung der direkten Steuern für das Reich. Schon das günstige Ergebnis einer Steuer, die in das System der indirekten Steuern für das Reich zum erstenmal ein Loch riß, so eine unvollkommene Halbheit sie auch an sich ist, die Erbschaftsteuer, gibt einen Fingerzeig: sie weist einen Mehrertrag von 6 Mill. Mark auf, ihre Einnahmen ließen sich, wenn man nach dem Vorbilde anderer Länder verfahren würde, leicht auf 350—400 Millionen steigern. Aber werden die herrschenden Klassen diese Wege beachten, die Vernunft und Gerechtigkeit in gleicher Weise gebietet? Sie denken nicht daran, auf ihr Privileg zur Ausbeutung des Proletariats auch nur um eine Wenigkeit zu verzichten, selbst einen Teil der gewaltigen Summen zu tragen, an deren Verwendung sie allein im überwiegenden Maße ein Interesse haben. Und so sind denn auch die neuen Steuerpläne danach! Im Vordergrund steht ein Spiritusmonopol, das in doppelter Hinsicht ein einziger Beutezug auf die Taschen der Steuerzahler sein würde. Bei der enormen Steigerung der Aktien der Spiritusindustrie wären ganz ungeheure Summen zur Verstaatlichung nötig, und die Liebesgaben bei der jetzigen Branntweinbesteuerung würden in anderer Form wiederkehren. Dem Spiritusmonopol gefellte sich als würdiges Gegenstück die geplante Zigarrenbanderolesteuer hinzu, und in allerjüngster Zeit tauchen sogar in verschiedenen Blättern Nachrichten auf, daß man in maßgebenden Kreisen auch einem Elektrizitätsmonopol sympathisch gegenüberstehe. Was für absonderliche Dinge da noch bevorstehen — wer mag es wissen! Im ganzen sollen durch die neue Finanzreform 160 Mill. Mark aufgebracht werden, abgesehen von etwa 250 Millionen durch frische Anleihen.

Und all die Dinge kommen frisch-fröhlich in eine Zeit herein, die nicht nur schon unter dem Zeichen einer enormen Teuerung steht und Brotpreise von schier schwindelhafter Höhe aufweist. Der Sturmwind der Krise peift bereits, und die ungeklärte Lage des Geldmarktes, die Vorkommnisse in Amerika, wo die Wirtschaftskrise bereits weithin Verheerungen anrichtet, das Sinken des

Eisen-, Silber- und Kupferpreises und der Fabrikate sind deutliche Vorboten dafür, daß die Wellenlinie der Konjunktur sich wieder nach unten neigt. Schon wird von Betriebsbeschränkungen, von Arbeiterentlassungen gemeldet; schwere Zeiten, vor allem für die wirtschaftliche Organisation des Proletariats, die Gewerkschaften, sind im Anzuge. Die Regierung nimmt keine Rücksicht darauf, sie fordert weiter indirekte Steuern und 60 Mill. Mark für Flottenzwecke vom Reichstage. Das aber ist nun die Kernfrage: wie werden sich die bürgerlichen Parteien zu all den neuen Finanzplänen verhalten, welche Stellungnahme werden die Blockpolitiker einnehmen? Die Freisinnigen hätten sich am liebsten bei den Klagen über die Reichsfinanznot beide Ohren zugehalten und eine Reform ins Ungewisse verschoben, um den Block nicht zu gefährden. Diese Taktik aber konnte nicht verfangen. Jetzt erklärt die Freisinnige Zeitung, es sei nicht anzunehmen, daß die Freisinnigen einer weiteren Belastung des Konsums und der Zigarrenindustrie zustimmen würden; sie würden für direkte Steuern eintreten. Von anderer Seite werden die Konflikte wieder auf eine Personenfrage ausgespielt; man scheint sich an dem Finanzminister v. Stengel reiben zu wollen, um mit einem anderen goldene Brücken bauen zu können. Daß die Nationalliberalen und die Junker mit der Regierung durch dick und dünn gehen und sich nur in Einzelheiten streiten werden, ist ziemlich sicher. Verbündet sie doch alle die Liebe zu den indirekten Steuern, unter denen Dertel mit besonderer Liebe die Spezialität Dividendensteuer propagiert. Ebenso interessant wie unbedeutend ist die Haltung des Zentrums. Ohne selber klar Stellung zu nehmen, ergeht es sich in Spöttereien über den Freisinn, der in die Zwidmühle geraten ist. Und es scheint, daß das Zentrum einen großen Coup vorhat: durch weitgehendes Entgegenkommen will es der Regierung eine Veröhnung nahelegen und sich als nationale Partei hinstellen, als die sich der Freisinn nicht bemährt habe. Eine Taktik, die der jesuitischen Taktik des Zentrums in Steuerfragen durchaus entsprechen würde.

Von zielbarer Geschlossenheit und gefestigter Konsequenz dieser bunten Zwiespältigkeit gegenüber ist die Stellung der Sozialdemokratie, die in den kommenden Finanzkämpfen deutliche Töne reden wird. Ihre alten Forderungen sollen den herrschenden Klassen wieder und wieder in den Ohren gellen: Progressive Reichseinkommensteuer, die erst bei etwa 6000 Mark Einkommen zu beginnen brauchte, Reichsvermögenssteuer, Erweiterung der Reichserbschaftsteuer, und gegenüber den Monopolplänen: Reform der Branntweinsteuer, Abschaffung der Liebesgaben. Eine umfassende Massenagitation auf Abschaffung der indirekten und Einführung direkter Reichssteuern möge der kommende Winter entfallen, die die Sozialdemokratie allein auf dem Posten sehen wird, so allein, wie sie immer war, wenn es Lebensfragen des Proletariats zu lösen gab.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Steinarbeiter Striegau in statistischer Beleuchtung.

(Vom 1. Juli 1906 bis 30. Juni 1907.)

Zum erstenmal übergibt die Zahlstelle Striegau das Ergebnis ihrer Statistik über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Steinarbeiter der Öffentlichkeit. Von vornherein muß gesagt sein, daß vollständig einwandfrei unsere Zusammenstellung noch nicht ist. Ein Teil unserer Kollegen hat bedauerlicherweise noch nicht begriffen, welchen eminenten Wert eine gut geführte Statistik hat. Eine Besserung gegenüber den früheren Jahren ist jedoch zu verzeichnen. Für die Zukunft sind aber weitere Maßnahmen getroffen, die uns heute schon zu sagen berechtigen, nächstes Jahr mit vollständigen korrekten Angaben dienen zu können.

Am 1. Juli 1907 waren 978 Kollegen organisiert. 414 gaben ihre Statistik ab; hiervon waren 29 Pflastersteinmacher, 176 Brecher und 209 Steinmehgen beteiligt.

Am Berichtsorte Striegau, einschließlich Groß-Rosen, Streit, Järschau und Muhlrau befinden sich 4 Werkplätze und 21 Brüche, in denen ständig ungefähr 1100 Steinarbeiter beschäftigt sind.

Die Durchschnittslöhne sind folgende:

Beruf	Zahl	Gesamtlohnsumme	Mittelwert	Reinertrag pro Tag	Reinertrag pro Stunde	Wohlbefindlichkeit	Wohlbefindlichkeit pro Jahr	Wohlbefindlichkeit pro Monat	Wohlbefindlichkeit pro Woche
Pflasterer	29	31 764.07	1095.31	3.89	38.9	281	192.56	6.64	
Steinmeh	209	225 121.95	1076.94	4.00	40.0	269	8796.95	42.09	
Brecher	176	205 522.29	1167.74	4.20	42.0	277 1/2	2310.52	13.12	

Von den Durchschnittslöhnen ist die Ausgabe für Geschirrschärfen schon in Abzug gebracht. Der Verdienst ist gegen das Vorjahr etwas in die Höhe gegangen.

Die verschiedenen Lohnklassen stellen sich wie folgt zusammen: Bis 700 Mark verdienen 17 Steinmehgen und 7 Brecher, 700—900 Mark 37 Steinmehgen, 15 Brecher und 2 Pflasterer, 900—1000 Mark 34 Steinmehgen, 22 Brecher und 7 Pflasterer, 1000—1200 Mark 59 Steinmehgen, 54 Brecher und 14 Pflasterer, 1200—1300 Mark 15 Steinmehgen, 18 Brecher und

3 Pfasterer, 1300—1500 Mark 30 Steinmetzen, 45 Brecher und 2 Pfasterer, über 1500 Mark 17 Steinmetzen, 15 Brecher und 1 Pfasterer.

Von einer Arbeitslosigkeit im allgemeinen kann nicht gesprochen werden. Die Konjunktur im verflochtenen Jahr war eine äußerst gute. Angaben über das Aussehen, gezwungen durch Witterungsverhältnisse, fehlten fast vollständig. Im Winter mußte jedoch wegen zu großer Kälte von allen Kollegen zwei Wochen die Arbeit eingestellt werden.

Die Berufstätigkeit ergibt bei den Pfasterern 17 Jahre, Steinmetzen 12 Jahre und Brechern 15 Jahre. Da sich nur die in den besten Jahren stehenden Kollegen an der Statistik beteiligten, so ergibt sich eine verhältnismäßig kurze Berufstätigkeit.

Das Alter der 414 Kollegen, getrennt nach Berufsarten, ergibt folgendes: Pfasterer 40,1 Jahre, Brecher 36,6 Jahre und der Steinmetzen 30,7 Jahre. Aus vorgenannten Zahlen ersieht man, daß das Durchschnittsalter ein gar zu hohes ist.

Die Erkrankungsziffer der 414 Beteiligten ist geradezu eine enorme. 135 Kollegen waren 14mal erkrankt, und zwar an folgenden Krankheiten: 8 an Rheumatismus, 13 an Hals- und Lungenleiden, 91 an Verletzungen im Beruf (Unfall), 34 an sonstigen Krankheiten. Besonders häufig sind unter den Unfällen die Augenverletzungen der Steinmetzen. Eine brauchbare, nicht lästige Schutzbrille würde manchen Unfall unmöglich machen. Auch durch die feberhafte Tätigkeit, mit der heute gearbeitet werden muß und durch die mangelhafte Beseitigung von Schutt und Abfall hängt eine große Anzahl von Unfällen zusammen. Ganz besonders auffällig sind die Hals- und Lungenleiden, die immer häufiger auftreten. Bei den Sandsteinarbeitern ist dies auf die Staubentwicklung und die Gefährlichkeit desselben zurückzuführen. Nach wissenschaftlichen und praktischen Erfahrungen ist bis jetzt nicht festgestellt worden, ob der auch bei der Granitbearbeitung entstehende Staub schädlich sei. Zutreffen wird, wenn wir jene Erkrankungen bei den Granitarbeitern auf Unterernährung infolge der geringen Verdienste, den Witterungseinflüssen, der körperlich schweren Arbeit, und vor allen Dingen der überlangen Arbeitszeit zuschreiben. Im Laufe des verwichenen Sommers und auch jetzt befinden sich ständig fünf bis sechs Kollegen in den Lungenheilanstalten. Man komme uns nicht von gegnerischer Seite mit der abgeleiteten Strafe: Der moralische Lebenswandel der Betreffenden sei die Krankheitsursache. Nach unsern Erfahrungen und Wahrnehmungen waren es die solidesten Kollegen. Die Frage der Arbeitszeitverlängerung wäre in Anbetracht der beobachteten Wahrnehmungen — der überhandnehmenden Verletzungen und der umfänglichen Erkrankungen der Atmungsorgane, spruchreif.

Verheiratet waren 334 Kollegen, welche 907 Kinder aufweisen; 80 waren ledig. Der Orts- resp. Betriebskasse gehörten alle an; einer freien Hilfskasse nur 2. Außerdem sind alle der örtlichen Zuschußkasse der Zahlstelle angeschlossen.

Bei 52 Familien trägt die Frau zum Unterhalt bei. Klagen gegen die Unternehmer wurde niemand. Nun darf man aber ja nicht glauben, Differenzen wären nie zu verzeichnen. Gerade das Gegenteil trifft zu. Fortgesetzt stellen sich die Unternehmer außerhalb des Tarifs. Ein Gewerbegericht besteht am Orte nicht, da nach der „weißen“ Ansicht der Stadtverordneten — worunter sich auch einige Steinbruchbesitzer befinden — ein Bedürfnis hierfür nicht vorliegt. Das Klageverfahren vor dem Amtsgericht ist sehr langwierig und unterbleibt infolgedessen in den meisten Fällen.

Mancher der Leser wird den Eindruck gewinnen, daß die Verhältnisse der Striegauer Steinarbeiter noch nicht die schlechtesten seien. Wir müssen aber betonen, daß nur ein Teil und zwar die tüchtigsten Kollegen ihre Angaben machten. Weiter kommt in Betracht die äußerst gute Konjunktur, die wir hatten. Nach den Versicherungen älterer Kollegen waren in keiner Zeit so wenig Lagerbestände an Platten, Bord- und Pfastersteinen vorhanden, als im Jahre 1906 und 1907; ein Beweis der guten Konjunktur. Die Arbeitskraft wurde enorm angespannt, der Arbeiter hatte aber nicht den geringsten Augen, da durch die enorm hohen Lebensmittelpreise der geringe Mehrerwerb doppelt verloren ging. Die Wohnungsmieten kommen wegen Mangel an Arbeiterwohnungen den Großstädten gleich. Aus allen diesen Umständen heraus sind unsere Durchschnittslöhne als ungenügend zu bezeichnen. Noch ganz anders würde das Resultat ausgefallen sein, wenn sich alle 878 Verbandsmitglieder an der Statistik beteiligt hätten. Kein Zweifel, das angegebene Durchschnittseinkommen der Handelskammer Schweidnitz würde dann mit dem unsern übereinstimmen.

Steinarbeiter-Risiko.

br. Wenn wir in Wort und Schrift immer und immer wieder auf die hohe Unfallziffer unseres Berufes hinweisen, so erleben wir es nicht selten, daß irgendein eifriger Solbroschreiber des Unternehmertums zum so und so vielmaligen den Nachweis zu führen versucht, daß die nun einmal nicht wegzuleugnende rapide Steigerung der Unfallhäufigkeit in der Steinindustrie zum großen Teil zurückzuführen sei auf die wachsende Sorglosigkeit und Selbstverschuldung der Arbeiter. Eine Betrachtung der Ursachen der Unfälle lehrt zwar etwas andres, doch was schadet das.

Wenn in irgendeinem Falle ein Arbeiter seine gesunden Glieder oder sein Leben aufs Spiel gesetzt hat durch Nichtachtung der Vorschriften, so ist er das nicht aus Uebermut oder Gleichgültigkeit gegen sich oder seine Angehörigen, sondern unter dem eisernen Zwange der Notwendigkeit, unter möglicher Ausnützung der Zeit, viel zu leisten, um einen Verdienst zu erreichen, der es ihm und den Seinen ermöglicht, die Existenz fristen zu können. Wohl wird diesem System vornehmlich Vorstoß geleistet durch die im wahren Sinne mörderische Akkordarbeit, aber auch die unfinnige Antreiberei bei der Lohnarbeit tut ihr möglichstes hierzu.

Besonders in den süddeutschen Steinbruchgebieten sind die Löhne oft derartig erbärmlich, daß es nicht Wunder nehmen kann, wenn bedauerliche Fälle zu verzeichnen sind. Glücklicherweise sind sie aber verschwindend gegenüber denen, wo das Verschulden auf Seiten der Unternehmer oder deren Auftraggeber liegt. Wie gering Leben und Gesundheit der Arbeiter oft eingeschätzt werden, beweist folgender Fall, der sich in einem elfässischen Steinbruch ereignete. Die Arbeiter sollten an einer abfallenden Geleisstraße auf den Hockwagen, die natürlich beladen waren, sitzen bleiben und erst dann bremsen, wenn beinahe die Abfahrschwelle erreicht sei. Die Arbeiter gingen auf diesen Vorschlag natürlich nicht ein. Der Bruchmeister verlaachte sie ob ihrer Hafensorglosigkeit und machte es ihnen vor mit dem Erfolg, daß der Wagen in rasender Fahrt aus dem Gleise sprang und der Bruchmeister schwer verletzt davon getragen wurde. Wer mag wohl hier der Leichtsinnige gewesen sein?

Im gleichen Orte mußte ein Kollege, der auf einer schiefen Bruchbrücke zu Fall kam und infolge Verletzung der Wirbelsäule vollständig gelähmt und erwerbsunfähig wurde, einen langwierigen Kampf um seine Rente führen. Nur durch Vermittlung der Gauleitung konnte betreffender Kollege zu seinem Rechte kommen.

Wirklich haarsträubende Zustände bestehen aber im sogenannten Maulbrenner Sandsteingebiet (Wittichenberg), und zwar am kräftigsten in dem großen Mühlabacher Steinbrüche. Dieser Bruch ist eine weitverzweigte Anlage, fast labyrinthartig. Etwa 20 einzelne Unternehmer haben in diesem Bruch ihre Betriebe. Die Zustände in Bezug auf Einhaltung der Bundesratsverordnung, der Unfallverhütungsvorschriften, der Gewerbeordnung usw. lassen jeder Beschreibung. Damit soll nicht ge-

sagt werden, daß in den andern Orten und Betrieben kein Anlaß zur Kritik vorhanden wäre, aber wenn es einen Preis für Umgehung gesetzlicher Vorschriften gäbe, so würde der Mühlabacher Bruch unbedingt die Palme erringen. Wir werden in einer der nächsten Nummern Gelegenheit nehmen, die Zustände des Maulbrenner Gebiets in spezieller einer Betrachtung zu unterziehen.

Erläuterlich ist nun nach dem vorher Gesagten, daß die Unfallhäufigkeit im genannten Gebiet eine besonders hohe ist. Daß nicht noch mehr Unfälle zu verzeichnen sind, ist nur der Aufmerksamkeit der „Leichtsinnigen“ Arbeiter zu verdanken, nicht aber den Bestrebungen der Unternehmer auf Einhaltung der Arbeiterschutzgesetze.

Im Verlauf kurzer Zeit sind im erwähnten Mühlabacher Steinbruch zwei schwere Unfälle wiederum zu verzeichnen. Der etwa einem Vierteljahr verunglückte der Kollege Mater, aus Sulzfeld im Betriebe des Herrn Steinmetzmeisters Dörr in Mühlabach dadurch, daß er mit der Hand zwischen die Zahnräder der Zugwinde kam. Die Hand wurde ihm vollständig ausgerissen. Das Unglück geschah dadurch, daß das Gerüst, auf dem sich die Winde befand, infolge Altersschwäche beim Ablassen eines schweren Steines in heftige Schwanckungen geriet. Um sich vor Absturz zu bewahren, griff der verunglückte Kollege unwillkürlich um sich und geriet mit der Hand zwischen die Zahnräder. Die Hand wurde hineingezogen und vollständig zermalmt. Das Unglück hätte nicht passieren können, wenn, ja wenn das Gerüst sich nicht in solch erbärmlichen Zustände befunden hätte, und vor allem, wenn um die Zahnräder die vorgeschriebenen Schutzbleche angebracht worden wären. Der Unternehmer Dörr wurde zu 50 M. Geldstrafe verurteilt und der verunglückte Kollege ist um den Besitz einer Hand gekommen und erhält eine Rente von 49 Prozent.

Noch unglücklicher verlief ein Unfall, der sich am 14. November bei der Firma Schäfer u. Raimold, ebenfalls im Mühlabacher Steinbruch, ereignet hat. Auf der Sohle des Schachtes waren zwei Arbeiter beschäftigt, als sich aus der Schutthalde plötzlich ein Abfallstein von etwa 4 Zentnern löste und auf den 60 Jahre alten Steinbrecher Andreas Mühmeier fiel. Ohne wieder zur Bestimmung zu gelangen verstarb der Unglückliche auf dem Transport nach seiner Wohnung. Der andre Arbeiter entging dem gleichen Schicksal nur dadurch, daß er in liegender Stellung dicht am Felsen einen Schrot mit der Zehnpitze machte und der Stein auf einen Absatz aufschlag und über ihn hinwegsprang. Der Bruder des Getöteten kam vor etlichen Jahren im gleichen Bruch dadurch ums Leben, daß ihm beim Sprengen ein Stein den Kopf auseinander riß. Der vorliegende Unfall wäre unmöglich gewesen, wenn auf den aufgeworfenen Schutt nur die geringste Aufmerksamkeit verwendet worden wäre.

Diese wenigen Beispiele illustrieren am besten die angeblich mangelnde Vorsicht der Arbeiter, besser aber noch die Ungleichgültigkeit einzelner Unternehmer gegen Leben und Gesundheit der Arbeiter. Die Beantwortung der Frage, wer die wirklich Leichtsinnigen und die sträflich Leichtsinnigen sind, fällt wirklich nicht schwer.

Ein verdient aber besonders hervorgehoben zu werden. Während im ganzen Maulbrenner Gebiet die Kollegen sich alle der Organisation angeschlossen haben, stehen die Mühlabacher Kollegen derselben fremd und feindlich gegenüber. Und gerade die Zustände bei ihnen sind dringendst der Verbesserung bedürftig. Aber auch sie werden sich zu der Ueberzeugung durchringen, daß ihr Heil nicht von den Aposteln der christlichen und kirchlichen Dunderschen Organisationen zu erwarten ist, die jetzt beunruhigt durch die mächtige Entwicklung des Steinarbeiterverbandes einen erbitterten Frosch-Mäuse-Krieg um die Mühlabacher Steinarbeiter führen. Nur einzig und allein kann eine Verbesserung der traurigen Arbeits- und Lohnverhältnisse erreicht werden durch den Deutschen Steinarbeiterverband.

Neue Unternehmerorganisation in der Lausitz.

Nicht nur der Steinarbeiterverband macht in der Gegend von Demitz-Thumitz große Fortschritte, wir müssen gestehen, auch die Unternehmer haben aus dem Vorgehen der Steinarbeiter gelernt. Die Unternehmer sind jetzt tüchtig an der Arbeit, Pläne zu schmieden, wie sie am besten unsere Organisation vernichten können. Zeugnis davon gibt ein Rundschreiben, welches kürzlich unter sämtliche Steinindustrielle der Oberlausitz versandt worden ist und folgende Unterschriften aufweist: Bruno Hitzig in Firma C. G. Kunath, Dresden, August Bessel in Heddendorf S., Baumeister Johne, in Firma Friedrich Ritzler, Kästlich, Ingenieur A. Diruz, in Firma Karl Sparmann u. Co., Dresden, und Georg Bachmann, in Firma Friedrich Bachmann, Wurzen. In diesem Rundschreiben heißt es, daß in der am 9. September stattgefundenen Versammlung einer Anzahl Steinbruchbesitzer einstimmig die Gründung eines Arbeitgeberverbandes beschlossen und die Vorgenannten mit der Abfassung eines Statuts beauftragt wurden. Da nun dieses Statut fertig gestellt war, wurden sämtliche Unternehmer durch Rundschreiben auf den 18. November nach Dresden, Viktoriabau, zu einer konstituierenden Versammlung eingeladen. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren haben, hat auch eine ganze Anzahl Steinbruchbesitzer aus dem Demitzer Granitgebiet dieser Einladung Folge geleistet. Dieser Verband soll den Namen: Vereinigung der Hartsteinindustriellen in der Oberlausitz (eingetragener Verein) führen. Er bezweckt u. a. die wirtschaftliche Lage der angeschlossenen Steinbrüche und Werke zu heben, Beunruhigungen der Steinbrüche durch Streikbewegungen fernzuhalten, Zwiespalt und Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu verbüten und bei Streiks, Sperren usw. die Verbandsmitglieder zu schützen. Es wirkt doch recht komisch, wenn die Herren von einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage sprechen, die Herren wollen also noch mehr verdienen. Beunruhigungen durch Streikbewegungen fernzuhalten hätten vorläufig die Herren doch gar nicht nötig, da doch die Arbeiter stets bestrebt sind, alle entstehenden Differenzen auf friedlichem Wege zu erledigen. Nur durch das „Herz im Hause sein“ und durch jede stricke Zurückweisung auch der gerechtesten Forderung der Arbeiter werden dieselben oft in einen Streit getrieben. Was die Verhütung von Zwiespalt und Unfrieden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer betrifft, so wird wohl gerade das Gegenteil eintreten, da die Herren in ihren Versammlungen doch nur darauf bedacht sein werden, Mittel und Wege zu finden, die Arbeiter mehr wie bisher zu schikanieren, wodurch Unzufriedenheit seitens dieser Herren selbst unter die Arbeiter gestreut wird. Dieses Vorgehen der Unternehmer muß aber nun erst recht ein Ansporn für die Arbeiter sein, sich immer fester zusammenzuschließen.

Die neugegründete Steinmetzmeistervereinigung wird uns ein Ansporn sein, daß auch unsere Reihen schon in den nächsten Wochen dichter formiert werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Dritter Verbandstag 1908.

Zu der am 2. November in Leipzig stattgefundenen gemeinsamen Sitzung des Zentralvorstandes und des Verbandsausschusses wurde beschlossen, den dritten Verbandstag 1908 am 6. April und folgende Tage in Gaißel, Gewerkschaftshaus, stattfinden zu lassen.

Die provisorische Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung der Arbeiten.

2. Bericht des Vorstandes. a) Geschäftsbericht. b) Statistischer Bericht. c) Presse.
3. Streiks und Tarifwesen (Ref.: A. Staudinger).
4. Agitation (Ref.: P. Biewig).
5. Organisation (Ref.: G. Walter).
6. Statistik (Ref.: G. Siebold).
7. Bericht vom Internationalen Kongress (Ref. P. Starke).
8. Allgemeine Wahlen.
9. Anträge, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt sind.

(Vorstehende Publikation stand bereits in der Nr. 46.) Der internationale Steinarbeiterkongress beginnt am Sonnabend, den 11. April.

Die Anträge für den Verbandstag müssen laut Statuti (§ 6c, Abs. 2) bis zum 8. Februar 1908 an den Verbandsvorstand eingekandt sein, wenn dieselben bei der Veröffentlichung in Nr. 9 des Steinarbeiters, Jahrgang 11, Berücksichtigung finden sollen.

Als Gauleiter in Mannheim wurde Kollege Sarfert in Pirna gewählt. Derselbe tritt am 1. Januar 1908 seinen Posten an.

Vom 3. Quartal 1907 fehlen noch folgende Abrechnungen: 2. Gau: Müders. 3. Gau: Annaberg. 4. Gau: Drohsig, Nebra. 6. Gau: Hohenberg, Wulsdorf. 7. Gau: M.-Glabach. 8. Gau: Mena, Bensheim, Darmstadt, Frankenstein, Hammelbach, Heilbronn, Heubach, Mörsfeld, Obernheim, Otterbach, Schopp, Speier, Weinsberg, Zwingenberg, Sattelbach, Eidenesfeld. 9. Gau: Baden-Baden, Ohlenbach, Offenbach, Seebach, Söllingen, Diefenbach, Gebweiler, Freudenstein, Raftatt. 11. Gau: Amorbach, Ebelbach, Ebelstadt, Faulbach, Klein-Heubach, Mondfeld, Roth a. S., Trennfurt. 12. Gau: Neuforg, Rehau, Sparned, Weizenstadt.

Die Wahlkreise zum Verbandstag in Kassel werden nach der Mitgliederzählung vom 3. Quartal eingeteilt. Diejenigen Zahlstellen, welche ihre Abrechnung bis zum 7. Dezember an den Zentralvorstand nicht eingekandt haben, können bei der Wahlkreiseinteilung nicht berücksichtigt werden.

Vom 2. Quartal haben folgende Ortsverwaltungen es noch nicht für nötig gehalten, die Abrechnungen einzufenden: Nebra, Darmstadt, Speier, Baden-Baden, Söllingen, Amorbach, Ebelbach, Mondfeld und Trennfurt. Diese Zahlstellen resp. Ortsverwaltungen scheinen die Interessen des Verbandes ganz besonders zu vertreten.

Die Ortsverwaltungen werden ersucht, dem Zentralvorstand die Adresse des Steinmetzen W. Ernst Schäfer aus Ruhne- walde i. Pr., Buch Nr. 8046, zu übermitteln.

Das Buch 13 222 des Kollegen Ludwig Meier, Hildesheim, ist abhanden gekommen. Sollte das Buch sich irgendwo vorfinden, so ist dasselbe sofort an den Zentralvorstand einzufenden.

An die Verbandsmitglieder.

Die Tagesordnung des nächsten Verbandstages ist bereits bekannt gegeben. Wir eruchen die Kollegen, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen und auch im „Steinarbeiter“ darüber eine Auslassung zu pflegen. Bei der Einsendung von Artikeln möge folgendes zur Beachtung dienen:

1. Man schreibe sachlich, die Einleitung ist kurz zu fassen, ebenfalls der Schluß. Der Leser soll gleich mit dem bekannt gemacht werden, was der Verfasser eigentlich will.
2. Es soll nicht allein kritisiert werden, diese Methode ist nicht sonderlich schwer. Nein, auch Vorschläge zum Bessermachen sollen gleich mit eingeflochten werden. Der Leser wird dann sofort zu dem Schluß kommen: der weiß, was er bespricht.
3. Bei der Gepflogenheit, daß die Verbandsliste zu größeren Leistungen für die Mitglieder herangezogen werden soll, empfiehlt es sich, die Finanzfrage in den Kreis der Betrachtungen zu ziehen und dabei zu konstatieren, ob mit den jeweiligen Mitteln mehr zu leisten ist.
4. Nimmt ein Einsender Veranlassung, auf diese oder jene Schrift zu verweisen, so ist die jeweilige Seitenzahl anzugeben, um die Zitate auch prüfen zu können.
5. Einsendungen sind nur auf eine Seite des Papiers zu schreiben. Besonders zu beachten ist, daß die Sätze nicht phantasiemäßig ausgeschmückt werden, denn man sucht dann oftmals händelnd nach dem Kern der Sache. Wenn die Sätze kurz gefaßt sind, dann kann der Stil und die Orthographie immerhin mangelhaft sein, der Redakteur wird dann sofort die nötigen Verbesserungen anbringen können. Umfaßt der eine Satz gleich eine halbe oder gar ganze Seite des Manuskriptblattes, dann möchte man Nerven haben so stark wie Suchtenleder, um aus dem labyrinthischen Gewirr, der unendlichen, meist immer falschen Satzkonstruktion etwas Verständliches herausdefinieren zu können. Der Redakteur wird solche Artikel völlig umarbeiten müssen, natürlich dabei Unwesentliches aus der Einsendung ausschneiden. Der Einsender wird aber seine Mut am Redakteur verlassen, weil der Kerl wieder alles „berstümmelt“ hat.

Wir eruchen nun die Kollegen, mit ihren Einsendungen über die Tagesordnung des Verbandstages zu beginnen. Wir werden, wie bisher, keine Meinung unterdrücken, und sei sie noch so abweichend von der unfrigen. Gerade die Diskussion über die Tagesordnung zum Verbandstag soll ein getreues Spiegelbild dessen ergeben, was sich innerhalb des Verbandes bisher bewährt oder nicht bewährt hat. Kommen im „Verbandsorgan“ schon vor dem Verbandstag die verschiedensten Ansichten zum Austrag, desto leichter ist in Kassel selbst, das Surrogat des Gesagten zu brauchbaren Anträgen zu verdrängen.

Die Redaktion.

Korrespondenzen

Bremke. Am 12. November tagte hier unsere Mitgliederversammlung, zu welcher Kollege Biewig erschienen war. Im ersten Punkt wies Kollege Biewig in seinen glänzenden Ausführungen auf die Entstehung der verschiedenen Ziele der einzelnen Gewerkschaften hin. Der reiche Beifall, welchen der Redner am Schluß erntete, bewies, daß die Kollegen seine Ausführungen verstanden hatten. Dann gab der Kassierer den von den Revisoren geprüften Kassenbericht. Alles war in bester Ordnung. Im Punkt Verschiedenes mußte das alte Klagebuch wegen der vielen Verstöße gegen die Bundesratsverordnung angetastet werden. Am schlußlichen steht es mit der Sträubung

habe aus. Von festem Boden und Luftdichtigkeit ist keine Spur. Das Heigen ließe sich wohl machen, wenn bloß das Heizmaterial nicht fehlte. Das können wohl die Steinmehrer bei dem „glänzenden Lohn“ noch selbst kaufen. Hier wäre es an der Zeit, daß die Gewerbeinspektion mal nach dem Rechten sähe. Erfreulicherweise sind nun auch die Brecher zu der Einsicht gekommen, sich dem Verbands anzuschließen. Wenn ein jeder Kollege seinen Teil dazu beibringt, wird auch bald der letzte Mann in unseren Reihen stehen. Unsere Parole soll sein: „Durch Einigkeit zum Ziele!“

Anmerkung der Schriftführers: Trohden im letzten Quartal keine Versammlung stattfand, hatten es einige Kollegen nicht für nötig gefunden, in der Versammlung zu erscheinen, diese zogen es vor, am Wiertisch zu debattieren. Vielleicht haben sie da besseren Erfolg???

Neuel. Am 17. November fand hier eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, zu welcher Kollege Baier aus Bonn als Referent erschienen war und über das Thema: Der Deutsche Steinarbeiterverband und seine Bedeutung für die Kollegen sprach. In seinem anderthalbstündigen Vortrag verstand er es, in fesselnden Worten den Kollegen die Tätigkeit und Errungenschaften des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands vor Augen zu führen, eingehend besprach er die Bundesratsverordnung und hob hervor, daß dieselbe, obwohl gesetzlich, trotzdem auf alle Art und Weise vom Unternehmertum umgangen wird. Auch führte er an, daß es für uns die höchste Zeit sei, uns der Organisation anzuschließen, da wir uns doch in einer traurigen Lage gegenüber den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen befinden und durch die immerwährende Verteuerung der Lebensmittel ein Notstand für die arbeitende Bevölkerung hervorgerufen wird, welchen selbst das Unternehmertum nicht leugnen kann. Der lebhafteste Beifall während und am Schluß des Vortrages bewies, daß Kollege Baier den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. 22 Kollegen schlossen sich der Organisation an.

Verdingen. Am 16. November tagte hier im Gasthaus zur Germania eine gut besuchte Mitgliederversammlung. Unser Vorsitzender referierte über den Zweck und die Ziele der Gewerkschaften. Im Gewerkschaftlichen entspann sich eine rege Diskussion. Dabei wurde das Verhalten etlicher Kollegen zur Sprache gebracht. Die Vorstandschaft war genötigt, einen Kollegen aus dem Verband auszuschließen. Bemerkenswert sei, daß in unserer jungen Zahlstelle dies schon der zweite Kollege ist, welcher ausgeschlossen werden mußte. Das Verhalten der beiden war ein so unmoralisches, daß der Ausschuß unbedingt erfolgen mußte. Kollegen, nur durch festes und treues Zusammenhalten werden wir die Klänge dieser Gegner zunichte machen. Wer mit unsern Grundsätzen nicht einverstanden ist, mag sich vom Verband absondern. Es wird diesen Negativen kein Haar geirrt. Auch brauchen die Ausgeschlossenen nicht zu befürchten, daß sie terrorisiert werden. Diese Kollegen werden in keiner Weise heßig überhandeln. Wir wissen ja, daß es Schwindel ist, wenn öfters die christlichen Blätter schreiben, daß die „Roten“ die „Schwarzen“ terrorisieren. Wir betonen das gleich, weil es nicht ausgeschlossen erscheint, daß in irgendeinem Winkelblättchen von der Trivolität der Verdingen Steinarbeiter gesprochen wird.

Dortmund. Am 17. November tagte hier eine mäßig besuchte Steinarbeiterversammlung. Der Vorsitzende gab Bericht über die Kartellbildung und empfahl den Kollegen, sich auch der Bauarbeiterkommission anzuschließen, da ziemlich alle in Frage kommenden Gewerkschaften selber angehört. Der hierzu gestellte Antrag wurde einstimmig angenommen. Auch kam in der Kartellbildung die Abstimmungsfrage zur Sprache. Der Vorsitzende ermahnte nun die Kollegen, da diese Frage ja auf dem Parteitag in Essen angeregt wurde und unser Fachblatt sehr lehrreiche Artikel darüber brachte, die Bestrebungen zur Bekämpfung des Alkoholgenußes zu unterstützen. Gerade in unserm Beruf hat sich in einigen Gegenden der Alkoholteufel viele Freunde erworben. Auch ist das Blaumachen scharfsens zu bekämpfen. Wir wollen eine kürzere Arbeitszeit und dürfen deshalb den Montag nicht zu gesundheitsschädlichen Saufereien verwenden. Auch sei betont, daß die trinkfesten Kollegen niemals richtig für die Bestrebungen der Gewerkschaften zu begeistern sind. Die Versammlung, die eingehend zur Alkoholfrage Stellung nahm, hat einen äußerst günstigen Verlauf genommen. Im Trinken soll größte Mäßigung oberstes Prinzip sein.

Freiburg (Baden). Am 21. November fand eine mäßig besuchte Versammlung statt. Nach dem Klagebericht sind zurzeit 82 Steinmehrer beschäftigt, was einen Rückgang von 30 Kollegen ausmacht gegenüber dem 2. Quartal. Der Kassierer gab die Abrechnung. Einnahmen 1810.58 Mark, Ausgaben 1128.21 Mark, Kassenbestand 687.74 Mark. Dann kam das Schreiben vom Stadtrat zur Verlesung, das etwas Staub aufwirbelte, besonders die Erklärung, daß unsere gemachten Angaben nicht richtig wären. Nun, wir werden dem Stadtrat die Antwort ebenfalls nicht schuldig bleiben. Am 11. Dezember findet hier die Gewerbegerichtswahl statt; hoffentlich sind alle Kollegen zur Stelle. Auch die Generalversammlung findet bald statt, da erwartet die Vorstandschaft einen äußerst starken Besuch.

Gabernheim. Verlorene Liebesmühe war es wieder einmal, als die Christlichen am 17. November in Gabernheim eine öffentliche Versammlung abhielten, um eine Zahlstelle zu gründen. Von christlicher Seite war Herr Bezirksleiter Leonhard aus Frankfurt und zwei seiner Getreuen aus Lindenfels erschienen. Außerdem war anwesend Herr Dr. Sell aus Winterkasten, ein im Reichsbanner Tal bekannter Sozialistengegner. Von unserer Seite erschienen eine Anzahl Steinarbeiter aus Reichenbach und Kollege Arnold aus Mannheim. Der Referent Leonhard entledigte sich seines Auftrags in ungefähr halbstündigem Vortrag, und zu seiner Ehre sei es gesagt, er machte eine rühmliche Ausnahme von vielen seiner christlichen Mitstreiter, indem er sich jedes gehässigen Ausdrucks gegen die freien Gewerkschaften enthielt. Herr Dr. Sell arbeitete natürlich nach der Art des Reichslügenverbandes. Er führte einige Fälle von graulichem Terrorismus an, sowie die schlechte Bezahlung der Konsumangehörigen, als Beweis, wie unser Idealstaat aussehe. Die Sozialdemokraten wollten erst den Staat zertrümmern, um auf diesen Trümmern ihren terroristischen Staat aufzubauen. Die Sozis wollten auch nicht, daß es den Arbeitern gut gehe, denn sie stimmten ja gegen alle sozialpolitischen Gesetze. Das sei aber bei den Christlichen anders. Diese leisteten positive Arbeit; sie hätten sie jetzt erst (man höre und staune) den Reichskassierer gefragt, warum die sozialen Forderungen des nationalen Arbeiterkongresses in Frankfurt a. M. vom Jahre 1903 noch nicht durchgeführt seien. Durch solche Arbeit werde die Arbeiterschaft vorwärtsgebracht. Natürlich war es Kollegen Arnold ein Leichtes, beide Herren unter lautem Beifall der Versammlung gründlich abzuführen. Hauptächlich Herr Dr. Sell bewies er an Beispielen des Arbeitgeberverbandes (dessen Mitglieder im Kampfe mit Krankenkassen und mißliebigen Kollegen unbestätigte Leute, die schwer krank daniederlagen, hochfotierten), was Terrorismus sei. Ebenso bewies er an der Hand von Tatsachenmaterial, was die Arbeiter vom heutigen Staat zu erwarten hätten und was insbesondere ein Kongreß wert sei, der sich aufs Betteln bei Ministern verlege. Die freien Gewerkschaften hätten sich die Sozialdemokratie als ihre Vertreterin im Parlament erwählt, weil sie eingesehen haben, daß diese Partei die einzig wahre Arbeiterpartei sei. Herr Leonhard hatte sich ausbeudungen, nach jedem Diskussionsredner selbst zu sprechen, und so war die Versammlung zuletzt zu unruhig, nicht zum wenigsten durch Herrn Dr. Sell provoziert, daß dieselbe abge-

brochen werden mußte. Sind sei nicht vergessen: Der Vorsitzende der Christlichen in Lindenfels erklärte ausdrücklich, daß er bei jedem Streik zurücktrete und den Streikbrecher mache, denn streiken werde er nie!!! In dieser Versammlung haben die Christlichen hoffentlich erkannt, daß sie im Reichsbanner Tal keine Lorbeeren sammeln können. Die Firma Kreuzer u. Böhringer kann auf einen solchen Arbeiter wirklich stolz sein und der christliche Verband auch.

Grill. Am 16. November fand eine gutbesuchte Mitgliederversammlung im Restaurant Franziskaner statt, zu welcher auch der Genosse Saling, Vorstandsmittglied des Gewerkschaftsstellens, eingeladen war, da es sich wiederholt um Grenzstreitigkeiten einzelner Gewerkschaften handelte. Es wurde Klage darüber geführt, daß der Transportarbeiterverband Mitglieder unter den Steinarbeitern werben wollte. Durch energisches Eingreifen des Vorstandes ist dies seinerzeit beseitigt worden; jetzt aber beginnt der Fabrikarbeiterverband dasselbe Werbespiel auf Grund seiner niedrigen Beiträge. Was in aller Welt hat der genannte Verband unter den Steinarbeitern, deren Grenze so scharf gezeichnet ist, zu suchen? Wir haben im April einen zu unsern Gunsten ausgefallenen Lohnkampf geführt. Gemeint wie ein Mann standen vor und nach dem Streik die Kollegen zusammen. Sie wissen, daß nur durch das feste Zusammenhalten in ihrer Berufsorganisation es möglich war, den Sieg zu erringen. Nachdem wir den Sieg errungen haben, kommt der Fabrikarbeiterverband und sucht unter unsern Kollegen Mitglieder zu gewinnen. Dieses ist zu beurteilen von einer Organisation, die uns freundschaftlich gegenübersteht. In verschiedenen wurde dann auf die am 1. Dezember stattfindende Gewerbegerichtswahl hingewiesen und zu einem tatkräftigen Eintreten für unsere Kandidaten aufgefordert. Zum erstenmal wird mit dem Mehrheitsstimmengewähl. Die Christlichen und die Christlichen wollen mit der größten Kraftanstrengung arbeiten. Auch wurde beschlossen, im Anfang nächsten Jahres ein kleines Vergnügen zu veranstalten.

Rödingskutter. Am 13. November fand hier eine außerordentliche Streikversammlung statt, zu welcher unser Verbandsvorsitzender B. Starke eingeladen und auch erschienen war. In Begleitung des Zentralvorstandes befand sich Gauleiter Biewig. Zuerst wurde die Bahnhofssteintampe einer Besichtigung unterzogen, wo sonst um diese Jahreszeit 5-600 000 Zentner Kalksteine lagerten. Die beiden Kollegen haben sich überzeugt, daß auch nicht 1000 Zentner vorhanden waren. Bevor die Versammlung begann, wurde erst eine Sitzung mit der Streikleitung und dem Lokalvorstande abgehalten, worin dem Verbandsvorsitzende die hiesige Sachlage genau unterbreitet wurde. Derselbe hat daraus ersehen, daß unsere Lage hier eine andre ist, wie in den Sandstein- und Granitbetrieben, indem hier nicht wie dort nur Baumaterial, sondern namentlich im Winter Kalksteinmaterial produziert wird und in diesem Falle hier die beste Konjunktur ist, da die gegenwärtig sich im Betrieb befindenden Zunderfabriken, welche von hier ihren Bedarf beziehen, ihr Quantum für die diesjährige Campagne noch nicht zur Hälfte erhalten haben. Der Verbandsvorsitzende äußerte sich auch in diesem Sinne in der Versammlung durch eine sehr interessante Aussprache. Derselbe war mit unsern Ansichten einverstanden, den Streik mit aller Schärfe weiter zu führen. Die Hartnäckigkeit der Unternehmer müsse gebrochen werden, koste es, was es wolle. (Lebhafter Beifall.) Mit einem brausenden Hoch auf den Verband und dessen Vorstand wurde die Versammlung geschlossen.

Rürnsbach. Am 17. November fand im Gasthaus zum Oesen eine stark besuchte Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Braun, der nachmittags ein Referat in Sulzfeld gehalten hatte, sprach abends hier über das Thema: Sind die Bestrebungen der Gewerkschaften berechtigt und durchführbar? Redner legte in seinen glanzvollen Ausführungen den Anwesenden dar, wie sich die Gewerkschaften gebildet und wie sie sich immer größer entwickelt haben. Garte und schwere Kämpfe mußten dabei geführt werden. Auch die Christlichen haben Gewerkschaften gegründet, aber nur deshalb, um die Zentrumspartei zu stützen. Redner setzte dann weiter die Prinzipien der freien Organisation auseinander. Man konnte aus dem Referat entnehmen, daß unser Gauleiter auf der Berliner Gewerkschaftsschule sein Nützige besonders stark geschätzt hat. Mit dem Erfolg dieser Versammlung kann die Vorstandschaft sehr zufrieden sein. Der Mut der Kollegen wurde wieder gestärkt, die Bande der Kollegialität wurden enger geknüpft, das Ansehen des Verbandes nach außen ebenfalls bedeutend erhöht. Mit einem dreifachen begeisterten Hoch auf den Zentralverband wurde unsere Versammlung geschlossen.

Mittweida. Die am 17. November im Rosengarten tagende Mitgliederversammlung war gut besucht. Der hiesige Arbeitgeberverband hat in letzter Zeit einen Arbeitsnachweis gegründet und dieses führte die Verwaltung der Zahlstelle dazu, sich einen Vortrag halten zu lassen. Als Referent war Genosse Seibewitz-Mittweida gewonnen worden. Er beleuchtete die gegnerischen Arbeitsnachweise in vollem Glanze und kritisierte, daß die Unternehmer diesen Nachweis nur darum errichte haben, um ein Mittel mehr zu haben, uns zu schikanieren. Eine Resolution, die das hiesige Gewerkschaftsstellens beschlossen hat, fand auch bei uns einstimmige Annahme.

Birna. Am 19. November tagte im Gasthof zu Rottwerndorf eine für die Steinmehrer von Birna und Umgegend arrangierte Steinarbeiterversammlung, welche nur mäßig besucht war. Ueber die gegenwärtig geschäftlich ungünstige Lage im hiesigen Bezirk für die Steinmehrer erstattete der Vertrauensmann einen kurzen Bericht. Wenn von unsern Unternehmern und vor allem von deren Vertretern behauptet wird, unsere erfolgreiche Lohnbewegung sei daran schuld, daß gegenwärtig nicht viel zu tun sei, so beachtlichen diese damit nur, den Kollegen Sand in die Augen zu streuen. In den 90er Jahren sei ja die Lohnaufbesserung eine bedeutend höhere gewesen, und trotzdem sei damals Arbeit über Arbeit vorhanden gewesen, nur hätten unsere Unternehmer diese günstige Konjunktur nicht auszunutzen verstanden, auch habe uns die Berliner Bauarbeiterausperrung arg in Mitleidenenschaft gezogen. Diese geringe Arbeitslosigkeit veranlaßt nun manche Poliere, sich in der schäblichsten Art und Weise an verschiedenen Kollegen zu reiben; ihnen Redensarten anzuhängen, bei denen man nicht weiß, entspringen sie der Dummheit oder trüben Gefinnungsart. Um nun diese Protektion in der Arbeitseinstellung zu verhindern, sei es das Beste, man komme dahin, den Arbeitsnachweis einzuführen, derselbe sei auch instand, Uebergriffen verschiedener selbstherrlicher Poliere vorzubeugen. Eine Kommission soll sich mit dieser Angelegenheit noch näher beschäftigen. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß am 25. November eine Wärmestube für arbeitslose organisierte Arbeiter vom Gewerkschaftsstellens Birna eröffnet wird. Wegen der Polemik zwischen unserm Vertrauensmann und der Dresdener Verwaltung erklärte ersterer, daß dadurch diese Angelegenheit für Dresden nicht besser werde, wenn sie von dort aus mit bider Tinte geschrieben werde. Er habe sich nur von sachlichen Motiven dabei leiten lassen, dadurch einen Uebelstand beseitigen wollen, während die Antwort in rein persönlicher, gehässiger Weise erfolgt sei. Am besten beweise das ja die armselige Unterstellung, man habe aus Vorsicht nicht den Namen genannt, man müsse doch genau wissen, daß ohne Namensnennung die Redaktion überhaupt nichts aufnehmen. Auch sei der Hinweis mit Burzlau mehr als naiv. Sämtliche sich zu dieser Angelegenheit äußernde Kollegen billigen das Verhalten des Vertrauensmanns. Ein eigenartiger Ausdruck möge hier mit erwähnt werden, dessen sich ein Unternehmer gegen einen Kollegen, der Arbeit suchte, bediente. Unser Kollege hatte, durch

die wirtschaftlichen Verhältnisse veranlaßt, in Posta, wo ein wesentlich niedrigerer Tarif als hier besteht, gearbeitet. Aus diesem Grunde soll er nun bei dem betr. Unternehmer keine Arbeit erhalten. Wenn aber die in Posta arbeitenden Steinarbeiter eine Verbesserung ihrer Lebenslage erlangen wollen, dann sperren den dortigen Arbeitgebern zuliebe unsere Unternehmer ihre Leute aus. Das ist gewiß konsequent. Alle diese Vorkommnisse werden wir gewissenhaft bughen. Auch dieses wählrische Aussuchen der um Arbeit Nachfragenden. Auch uns wird wieder die Sonne lachen. Die Kollegen werden noch ersucht, passende Vorschläge für die Vertreter zum Gewerkschaftsstellens auf den Plätzen vorzunehmen.

Roßbach. Am 18. November fand beim Gastwirt Joseph Eichinger eine Steinarbeiterversammlung statt, welche zahlreich besucht war. Als Referent fungierte Gauvorsitzender J. Binf aus München, der auf Ansuchen des Kollegen Wittenmeier in Vertretung erschienen war. Der Referent schilderte eingangs seiner Rede den Zweck des Verbandes. An trefflichen Beispielen wußte Redner darzulegen, welchen Vorteil eine gewerkschaftliche Organisation besitzt. Auch in kultureller Beziehung ist die Organisierung der Arbeitermassen von großer Bedeutung. Im bayrischen Walde hat unser Verband in diesem Jahre Erfolg auf Erfolg zu verzeichnen, das Vertrauen der Kollegen zu unserer Organisation kann kein gegnerischer Agitator mehr zunichte machen. Früher haben die Unternehmer Streikbrecher nach Böhmen aus dem bairischen Walde herausgeholt, heute dagegen werden die Streikbrecheragenten nach bayrischer Art schnellstens aus den hiesigen Betrieben hinausgeworfen. So muß es auch in Zukunft sein. (Stürmischer Beifall.) Die Versammlung nahm einen sehr schönen, harmonischen Verlauf.

Saßisch. Bei der hiesigen Firma Holzmann hat anscheinend der 2. Polier uneingeschränktes Verfügungsrecht über alle geschäftlichen Dispositionen. Die Kollegen sind entsetzt darüber, daß er seine besonderen Lieblinge, die Steinmehrer aus Prag, weiter beschäftigt, die deutschen aber teilweise schon entlassen hat. Es ist ja nicht schwer zu enträtseln, warum eine solche Politik getrieben wird. Allerdings, die Entlassenen waren gute Verbandsmitglieder, und damit war ja der beabsichtigte Zweck: die Organisation zu schädigen, erreicht.

Untergiemern. Am 17. November fand hier im Gasthaus zum Adler eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt; es waren 45 Kollegen erschienen. Gauleiter Kraft referierte in einem anderthalbstündigen Vortrag über das Thema: Unternehmerverbände, Arbeiterorganisation und Sozialpolitik. Das Referat wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen. Kaum einige Wochen sind seit der Gründung unserer Zahlstelle verfloßen, und schon machen sich die Folgen davon bemerkbar, indem unsere drei Meister und der katholische Pfarrer versuchen, unsere Zahlstelle zu sprengen. Dieses scheiterte aber an dem festen Zusammenhalt der Kollegen. Auch die Maßregelung eines Kollegen, der Verbandshecherei getrieben haben sollte, wurde wieder zurückgenommen. Und so herrscht jetzt wieder Ruhe in den Betrieben. Unsern Kollegen aber wollen wir zurufen: Bleibt standhaft wie bisher, haltet fest und treu zum Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands.

Das neue Vereinsgesetz.

Endlich ist er da, der lange schon angekündigte Entwurf eines Gesetzes, das dem bisherigen schmachtenden Zustand ein Ende machen soll, wonach im Deutschen Reich das Vereinswesen nach 26 verschiedenen Gesetzen gehandhabt wurde. Die herrschenden Klassen hatten so gut wie keine Empfindung für diese nationale Schmach, da ihre Interessen durch den bisherigen Zustand kaum berührt wurden. Und wenn sie wirklich mal in Kollision mit dem Buchstaben des Vereinsgesetzes kamen, so stellte sich plötzlich bei den Polizeibehörden Blindheit und bei den Anklagebehörden Laubheit ein. So konnte beispielsweise der Bund der Landwirte und verwandte Organisationen jahrelang das bekannte Verbot des „Inverbindtretens“ mißachten, ohne daß ein Haß danach krähte.

Das neue Vereinsrecht nun, wie es der Regierungsentwurf kennzeichnet, wird nun mit einem ganzen Schwulst veralteter und vergrößerter Bestimmungen aufraumen. Wir rechnen dazu in erster Linie die Bestimmung, die den Frauen und vielfach auch den Jugendlichen bisher das Koalitionsrecht raubte. Diese Bestimmungen sollen fallen, ebenso die andre, wonach der Polizeibehörde ein Mitgliederverzeichnis jedes Vereins eingereicht werden mußte, was bekanntlich häufig von der Polizeibehörde zu schmutzigen Denunziationen sozialdemokratischer Vereinsmitglieder an die Unternehmer mißbraucht wurde. Daneben aber bleibt so unendlich viel alter Trödel und reaktionäre Klänge in dem Entwurf stehen, daß selbst liberale Blätter, wie die billowstizöse Frankfurter Zeitung, die allerschwersten Bedenken äußern. Hierhin gehört vor allen Dingen der § 7 des Entwurfs, der ganz allgemein die deutsche Sprache als Versammlungssprache vorschreibt. Diese Bestimmung ist eine Verbeugung der Regierung vor den westfälischen Grubenherren, die zwar die Knochen der polnischen Proletarier sehr gern ausnützen, aber eine unüberwindliche Abneigung vor den Organisationen dieser Arbeiter haben. Und diese Organisationen glaubt man am sichersten durch das Verbot der Mutterprache ruinieren zu können. Man raubt den fremden Arbeitern das einzige Verständigungsmittel, das sie haben, um sich über ihre Interessen aufzuklären. So werden sie am sichersten zu hilflosen, widerstandsunfähigen Sektoren des Kapitals gemacht. Sollte diese Bestimmung Gesetz werden, so würde die Heranziehung fremdsprachiger Arbeiter durch das Kapital eine ganz ungeheure Erweiterung erfahren, und daß hierdurch nicht nur die Interessen der ausländischen, sondern auch der deutschen Arbeiter aufs äußerste gefährdet werden, ist klar. Bisher hat das deutsche Proletariat seinen Stolz darein gesetzt, die fremdländischen Arbeiter so schnell wie möglich der Organisation zuzuführen und in ihnen den Gedanken internationaler Solidarität zu wecken. Der § 7 des Entwurfs beabsichtigt nichts anderes, als diese Heranziehung der ausländischen Arbeiter zur Organisation unmöglich zu machen. Sie sollen den deutschen Unternehmern stets als bereite Streikbrecher und Klauselreißer zur Verfügung stehen. Gegen diese gemeingefährliche Bestimmung des Entwurfs wird die deutsche Arbeiterklasse mit aller Energie ankämpfen. Sie wird nicht dulden, daß in einem Gesetz, das den deutschen Arbeitern das Vereinsrecht sichern soll, den ausländischen Arbeitern dieses Recht geraubt wird. Diese Bestimmung kann und darf nicht Gesetz werden.

Auch sonst enthält das Gesetz reaktionäre Bestimmungen in Hülle und Fülle. Jede Versammlung soll wie bisher, polizeilich angemeldet, jede auch polizeilich überwacht werden. So behält der Herr Gendarm das Recht, Versammlungen aufzulösen, wenn ihn die Füße krümen —

wardon, wenn einem Redner, „dessen Ausführungen den Tatbestand eines Vergehens oder eines nicht nur auf Antrag zu verfolgenden Vergehens enthalten“, das Wort nicht entzogen wird. Mit andern Worten: der Polizeiwille ist Tür und Tor geöffnet. Der bestehende Zustand kennt eine derartige Souveränität des braven Feld- und Landgendarms nicht. Sie verdanken wir diesem „Zugeständnis der Blockpolitik an den Liberalismus“, wie das Leipziger Tageblatt mit ungewollter Selbstironie die Vorlage nennt.

Rundschau.

Ein weißer Kabe. Kürzlich fand in Osnabrück eine Versammlung des evangelischen Arbeitervereins statt. Es wurde das Thema behandelt: Wie stellt sich der Verein zu den Gewerkschaften? Da freie Diskussion zugesichert war, hatten sich Vertreter aller Gewerkschaftsrichtungen, und besonders stark auch Angehörige der Sozialdemokratie eingefunden. Herr Pfarrer Dr. Pfanzenhage betonte zunächst, daß er es abgelehnt habe, den Vorstoß zu übernehmen, denn ein Arbeiterverein müsse auch von einem Arbeiter geleitet sein; zweitens daß er seine Mitwirkung davon abhängig mache, daß der Verein politisch neutral bleiben würde. Wenn andererseits freigewerkschaftlich organisierten oder sozialdemokratischen Arbeitern die Mitgliedschaft in protestantischen Arbeitervereinen bewährt würde, so müsse man sich in Osnabrück auf einen weitherzigeren Standpunkt stellen und dadurch erklären, daß auch christlich-gläubige Arbeiter Sozialdemokraten sein könnten. Er kenne viele gut evangelische Arbeiter, die Mitglieder freier Gewerkschaften und des sozialdemokratischen Wahlvereins seien, und dagegen sei auch gar nichts einzuwenden, denn auch das müsse einmal öffentlich festgestellt werden, daß das Programm der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste enthalte, was einen guten Christen davon abhalten könne, der Partei beizutreten.

Wuttschnaubend fallen nun die bürgerlichen Pressehelden über den Pfarrer her, weil dieser etwas ganz Selbstverständliches gesagt hat. Nach Meinung der bürgerlichen Presseleute ist ein Pfarrer als Vertreter einer Staatskirche verpflichtet, die Sozialdemokratie und die „freien“ Gewerkschaften notorisch mit verfeinden zu helfen.

Wer die Wahrheit sagt, fliegt. Der evangelische Arbeitersekretär Fischer, der auf dem sogenannten Deutschen Arbeiterkongress den konfessionsultramontan-antifemistischen Leisepfeiern mit seinem Wahlrechtsantrag in die Quere gekommen ist, soll dafür büßen. Herr Liz. Mumm reißt in Würtemberg herum, um dort den christlichen Arbeitern zu zeigen, was für ein Gewicht dieser Mann ist, der es wagt, einen Arbeiterkongress davon zu erinnern, daß er die Pflicht habe, gegen die Rechtsnachung des arbeitenden Volkes zu protestieren und in evangelischen Arbeitervereinen Beschlüsse durchzusetzen, wonach die Mitglieder freistehen, sich diejenige Gewerkschaft zur Vertretung ihrer wirtschaftlichen Interessen auszusuchen, die sie nach den persönlichen und persönlichen Bedürfnissen für angemessen halten. Herr Mumm erklärte in einer Versammlung der christlichen Gewerkschaften in Stuttgart, ihm sei es unverständlich, wie man einem solchen Manne die Führung der evangelischen Arbeitervereine überlassen könne. Das Stöckerische Reich wirft Fischer zu den Nationalsozialisten und nennt ihn ein „zerstehendes Element“, die Kölnische Volkszeitung bezeichnet ihn als „einen der nobilsten Volksparteiler“. Warum war Herr Fischer aber auch so taktlos, durch seinen Wahlrechtsantrag auf dem Deutschen Arbeiterkongress die Herren Mumm, Schack, Giesberts und Genossen in den Augen aller anwesenden Minister und Geheimräte so heillos zu kompromittieren, als ob sie wirklich daran dächten, den Regierungen gegenüber ernstlich die Sache der Arbeiter zu vertreten?

Hoffentlich denkt Herr Fischer, die Herren Mumm und Kornforten können mich sonst was —

In der eigenen Schlinge gefangen. Die Gegner der Gewerkschaften rissen bisher ihren Mund sehr weit auf und kolportierten die alte Mär: „Die Gewerkschaftsangehörigen müßten sich von den Großen der Arbeiter.“ Nachdem das Zentrum, weil nach und nach selbst christliche Gewerkschaften entstanden waren, diesen völlig unberechtigten Vorwurf nicht mehr weiter ausbreiten konnte, nahm diese Verdächtigung der Reichslügenverband auf. Auch die Altschwartzjünglinge in den nationalen Vereinen der kaufmännischen Angestellten beliebten natürlich dieselbe unfaire Kampfstrategie. In einer Polemik mit der Schiffschen Arbeiterzeitung erklärte der antisemitische Reichstagsabgeordnete Schack, der Vorsitzende des nationalen Handlungsgehilfenverbandes, folgendes:

„Wahr ist vielmehr, daß ich wiederholt öffentlich der Ansicht Ausdruck gegeben habe, daß die sogenannten „freien“ Gewerkschaften ihre Sekretäre und Angestellten in Anbetracht der von ihnen verlangten Leistungen durchweg geradezu jämmerlich bezahlen.“

Wir werden diese Äußerungen unsern Gegnern immer wieder unter die Nase reiben müssen. Bemerkte sei, daß Schack den Reichslügenverband natürlich sympathisch gegenübersteht; wenn aber dieser Mann zu obiger Anschauung kommt, so hat er seinen Freunden, die uns gewohnheitsmäßig verleumden, ziemlich unappetitlich in die Suppe gespuht.

Also mit dem Mäßen von Arbeitergroßen ist es aus, Herr Schack sagt sogar, die „freien“ Gewerkschaften bezahlen die Angestellten jämmerlich.

Schöner Sieg. Die Gewerbegerichtswahlen zu Würzburg am 18. November brachten den freien Gewerkschaften 1850 Stimmen, während die Christlichen 589 Stimmen auf sich vereinigten. Da nach dem Proportionalwahlssystem gewählt wird, erhielten die freien Gewerkschaften 15, die Christlichen 5 Beisitzer. Gegenüber der vorigen Wahl ist bei den freien Gewerkschaften eine Zunahme von 500 Stimmen zu verzeichnen, die Christlichen haben 70 Stimmen mehr aufgebracht.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 18. bis mit 23. November.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosentmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate, X. = Extrasteuer.)
Lutter a. B., B. 63.—; Untergimpeln, B. 63.—, E. 7.50, K. 1.50, M. 8.20; Ottenhöfen, X. 45.—; Leipziger (St.), Div. 1.—; Frömmersbach, B. 76.—; K. 10.60; Madeweiler, B. 26.60, K. 0.40; Nebra, B. 81.90, K. 8.10; Oberbillingshausen, B. 98.—, K. 5.—, X. 8.50; Osnabrück, B. 2.75; Egnersfeld, B. 4.40, X. 3.—; Blantzenheim, B. 8.50; Berlin II, zurückgel. Streifenunterstützung 54.40; Bensheim, B. 21.—, K. 2.—, X. 1.50; Kassel II, B. 13.80, E. 1.50; Dürkheim, B. 315.84, X. 22.—; Floß, B. 302.80, K. 3.20; Hamburg II, B. 414.—, E. 6.75, K. 10.90, M. 2.60; Ilm, B. 244.50; Reichelsheim, B. 2.20, K. 0.30; Aumund, B. 4.40; Rothenburg, B. 2.85; Leipzig II, K. 10.—, M. 2.50; Alt-Barthau II, B. 138.—, K. 0.50; Häßlich, B. 798.—; Eiderode, K. 0.90, Div. 0.10; Gufum, B. 5.—; Beuthen, M. 8.50, X. 12.—; Gensbach, X. 14.25; Krippen, B. 84.20, K. 1.80; Sträßburg, K. 50.—, M. 2.50, X. 100.—, Div. 1.53; Weinselburg, B. 135.84, M. 3.25; Neufals, B. 2.75, Div. 0.25; Weinselburg, B. 2.75; Leipzig (Gof), B. 0.55, K. 0.60; Beucha, B. 478.80, K. 25.—, M. 2.—.
Ludwig Geiß, Hauptkassierer.
J. B. Hermann Siebold.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Düsseldorf II. Wegen Streifbruchs sind aus dem Verbandsausgeschlossen: 1. Friedr. Rau (Buch-Nr. 52113), 2. Karl Fischer (Buch-Nr. 13970), 3. Aug. Leonhardt (Buch-Nr. 13924), 4. Ferd. Barth (Buch-Nr. 13910), 5. Joh. Frankenheim (Buch-Nr. 13909), 6. Wilh. Kadermacher (Buch-Nr. 13911), 7. Wilh. Habermann (Buch-Nr. 13954), 8. Wilh. Baster (Buch-Nr. 13896), 9. Peter Wolf (Buch-Nr. 13991), 10. Alexander Wolf (Buch-Nr. 13980).

Koth am Sand. Kollege Paul Anding wird ersucht, seine Adresse an Herold, Niedermant zu senden.
Striegau. Aufsuchtskarten von der Ermittlung der ehemals streifenden Kollegen in Ströhren und Ströbel sind noch zu haben. Jeder Kollege müßte sich dieses Kulturdokument unserer Rechtsverhältnisse zulegen. Die Karte kostet 10 Pfg. bei Bestellung von einem Dugend. Der Ertrag fließt den Ermittelten zu.
Mag. Lohse, Gauleiter, Bahnhofstraße 11.

Mainz. Ersuche die Vertrauensleute aller Zahlstellen, dem Kollegen Theod. Hauenstein, geb. am 15. Februar 1881 in Speier (Verb.-Nr. 16597), kein anderes Buch auszustellen, da er sich nicht abgemeldet und sein Buch in größter Unordnung zurückgelassen hat.
Adam Zeh, Kassierer, Goethestraße 24.

Zahlstelle Schmalkalden. Das Buch Nr. 12033, Heinrich Dohesheim, geb. am 3. September 1887 in Barchfeld, ist verloren gegangen; vor Mißbrauch wird gewarnt.
Dffenburg. Kollege Robert Hornikel, zuletzt in Chemnitz, wo steckst du? Es sucht dich wegen wichtigen Angelegenheiten Kollege Ernst Reichmann, Schlossergasse 14, III.

Göttingen. Der Steinmetz August Kollie, geb. am 30. Januar 1888 in Einbeck, wird hierdurch gebeten, sofort seine Adresse betreffs Familienangelegenheit (die Tante ist schwer erkrankt) an seinen Vater oder den Unterzeichneten gelangen zu lassen.
B. Klinge, Kassierer.

Zahlstelle Karlsruhe. Die Vertrauensleute werden ersucht, dem Steinmetzen Heinrich Hoffmann aus Pfabelbach kein neues Buch auszustellen, da das alte in größter Unordnung hier liegt. Wird Hoffmann nach seinem Buch befragt, dann schwindelt er den Kollegen vor, sein Buch sei das oder dorthin geschickt, zum Martensleben. Diese Ausreden sind erlogen.

Alpiersbach. Es ergeht das dringende Ersuchen an die Kollegen Ernst Schuhmacher, zurzeit in Mühlhausen (Eh.) und Jos. Grimm, zurzeit in Salsstätten, unverzüglich ihre Bücher in Ordnung zu bringen, widrigenfalls sie ihre Rechte verlieren.

Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Gaukonferenz des 8. Gaues.

(Vorort Mannheim.)
Am 5. und 6. Januar 1908 findet im Gewerkschaftshaus, F. 4, in Mannheim die Gaukonferenz statt.

- Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht des Gauleiters.
 2. Organisation und Agitation.
 3. Presse.
 4. Die Tagesordnung des Verbandstages.
 5. Anträge, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt sind.

Die Konferenz beginnt am 5. Januar, früh 10 Uhr.
Die Zahlstellen haben in den nächsten Verammlungen hierzu Stellung zu nehmen, und müßten etwaige Anträge bis 23. Dezember beim Gauleiter eingereicht und die Zahl der Delegierten angemeldet sein. Jede Zahlstelle muß vertreten sein. Auf 50 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Die Gewählten haben ein Mandat mitzubringen. Auch hat jeder Delegierte die Abrechnung des 4. Quartals vorzulegen. Kollegen, welche in Orten wohnen, wo keine Zahlstelle existiert, können auch Delegierte entsenden. Die Delegationskosten sind von den Zahlstellen zu tragen.
Im Auftrage der Gauleitung
Jg. Kraft, Augustenstr. 10.

Berlin I.

Am Sonntag, den 8. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet in den neuerbauten Arminsälen, Kommandantenstraße 58/59, eine

Mitglieder-Versammlung

statt. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Bis zu diesem Tage müssen auch die Angaben über Abwesenheitsänderungen (alte und neue Adresse), Beschwerden über Nichtzustellung des Steinmetzwerks in Händen des Unterzeichneten sein.
Im Auftrage der Ortsverwaltung
Ernst Windler, N. 58, Gleimstraße 36, II.

Zahlstelle Schmalkalden.

Sonntag, den 8. Dezember
Mitglieder-Versammlung
im Lokale des Herrn Julius Schenk.
Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht.
Der Einberufer.

Wildemann.

Sonntag, den 8. Dezember 1907, abends 7 Uhr, findet im Schlüters Hotel eine

Öffentliche Steinarbeiter-Versammlung

statt. Thema: Zirkulation und Konzentration des Kapitals.
Referent: Paul Biewig, Hannover.
Die Steinarbeiter von Wildemann und Umgegend werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
Der Vertrauensmann.

Baugewerksmeisterschule

Maurermeisterschule, Tiefbautechnikerschule, Strassenbautechnikerschule, Wasser- u. Brückenbautechnikerschule, Kultur- u. Wiesenbautechnikerschule, Bautechnikerschule, Architekturzeichnerschule, Polierschule, Steinmetzmeisterschule, Stukkateurschule.
Diese 11 Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld umfassen in streng method., unübertroffener einfacher und klarer Weise dasjenige Wissen, das in techn. Fachschulen gelehrt wird u. dessen man zur Erlangung höherer Stellen bezw. Ablegung einer Prüfung bedarf. Jede Schule erscheint in Lieferungen à 60 Pfg. Ansichtsendungen, Prospekte und Anerkennungsschreiben gratis u. franko.
Bonness & Hachfeld, Potsdam. K. 2.

Spezialhaus für Berufskleidung

Eigene Anfertigung
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.
Zadetts, Gosen
Emil Koidel, Hamburg 6
Bartelsstraße 101.

Königsbau. Der Steinmetz Friedrich Leopold, geb. am 12. September 1869 in Striegau (Verb.-Nr. 41927), ist von hier abgereist und hat seine Interimskarte in Unordnung zurückgelassen. Die Vertrauensleute aller Zahlstellen werden ersucht, demselben keine neue Karte auszustellen.
Wilhelm Frenzel, Vertrauensmann.

Adressen-Änderungen.

Pappenheim. Vorf.: Simon Unger. Kass.: Hans Herzner.
Neustadt (Harth). Vorf.: Georg Fröhlinger, Rittergartenstraße. (Warum keine Hausnummer angeben? Red.) Kass.: J. Holz in Königsbach.
Kirchhain. Vorf.: Kaver Fischer.
Gotha. Vorf.: Louis Gutgesell in Lüttleben bei Gotha.
Kass.: Joseph Silberth, Gotha, Langensalzaer Straße 48.
Schneifurt. Vorf.: Georg Wiener.
Badweide. Kass.: August Moser, Bielefeld, Siegfriedstr. 48.
Verkehrslokal: Karl Blohme, Bielefeld, Weberstraße 5.
Düsseldorf II. Vorf.: Heinrich Busch, Oberbilk, Eisenstr. 104.
Kass.: Franz Tenbusch, Düsseldorf, Dienerstraße 31.
Fechenbach. Vorf.: Oskar Dümig. Kass.: Ludw. Hartmann.
Einbeck. Vorf.: Joseph Verchl, Neumarkt 14. Kass.: Hermann Kues, Backofenstraße 44.
Göttingen. Vorf.: Frh. Müller, Geismarer Chaussee 60, I.
Dorimund. Vorf.: Rob. Fleck, Bornstraße 245, I.
Königsbutter. Vorf.: Leo Bach, Neue Straße 5. Kass.: Karl Brecht, Oberlutter, Steinfeld 16.
Alpiersbach. Joseph Mayer, Vorstand und Schriftführer, ist nach Lauterbach verzogen.

Briefkasten.

L. J. Kein Wort mehr verlieren, dort ist alles verloren. Denke an das Sprichwort „Hundemut und Lammesgebuhl“. — **K., Nürnberg.** Ich habe keine Karte in die Druckerei gegeben, die fraglichen Namen konnten nicht richtig entziffert werden. Bei solchen Kleinigkeiten lebe ich eine Verächtung ab. Sonst aber viele Grüße. — **Freiburg (Baden).** Der Ausschluß muß beim Zentralvorstand beantragt werden. — **Neustadt und Kassel.** Die Berichte enthielten nichts vom allgemeinen Interesse. Viele Grüße.
Die Nummern 51 und 52 des Steinarbeiters werden auch diesmal gemeinsam verfaßt. Einwendungen, die in einer dieser Nummern noch Berücksichtigung finden sollen, müssen bis zum 18. Dezember hier eingegangen sein.

Albert Baumann
Werkzeug-Fabrik
Aue (Erzgeb.)
Preisliste
über alle
Steinmetz-Geschirre
versende
gratis.
Lieferung sofort!

Syenitwerk im Odenwald

(Spezialität: Grabsteine)
sucht per sofort einen durchaus tüchtigen Werkmeister, der dem Betrieb selbständig vortreten kann und gewandt in allen Kostenberechnungen ist. Angebote mit Angabe fetterberiger Tätigkeit, Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen befordert unter R. H. 75 die Expedition dieses Blattes.

3 tüchtige Maschinenschleifer

für Rundschleifmaschinen zu dauernder Beschäftigung gesucht.
Georg Horn, Marmorwarenfabrik, Höchst (Main),
Emmrich-Joseph-Straße 10.

Tüchtige Maschinenschleifer

finden dauernde Beschäftigung.
Granit- und Diabas-Werk Baumholder
Baubitation Heimbach (Rheh).

Aufforderung!

Lieber Reinhold Franz, bitte gib deine Adresse bekannt oder bemühe dich in deinem eigenen Interesse sofort nach hier.
Otto Geier, Chemnitz, Werkplatz Richter
Annaberger Straße 252.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb 10 Tagen nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird.)
Breslau. Am 25. November starb im Alter von 89 Jahren unser Kollege **Paul Frenzel** an der Lungenschwindsucht.
Dresden. Am 24. November starb im Alter von 57 Jahren unser Kollege **Friedrich Ernst Sicker** an der Berufsfrankheit.
Dürkheim. Am 18. November starb im Alter von 26 Jahren unser Kollege **Heinrich Hust** an der Berufsfrankheit.
Ebersbach. Am 17. November starb im Alter von 52 Jahren unser Kollege **Ernst Israel** am Herzschlag. — Am 23. November starb im Alter von 32 Jahren unser Kollege **Louis Zieger** an der Lungenerkrankung.
Freiburg. Am 13. November starb im Alter von 48 Jahren unser Kollege **Wilhelm Haag** an der Berufsfrankheit.
Leipzig I. Am 22. November starb im Alter von 32 Jahren unser Kollege **Franz Koppauer** an der Lungenschwindsucht.
Lutter. Am 22. November starb im Alter von 48 Jahren unser Kollege **Heinrich Heyes** an der Berufsfrankheit.
Pirna. Am 16. November starb im Alter von 84 Jahren unser Kollege **Ernst Müller** an der Schwindsucht. — Am 19. November starb im Alter von 69 Jahren unser Kollege **August Krause** an der Berufsfrankheit. — Am 22. November starb im Alter von 43 Jahren unser Kollege **Oskar Wolf** an der Kehlkopfchwindsucht.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: A. Staubinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Notationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Wittengesellschaft.

Was ist ein Unfall?

Der Begriff des Betriebsunfalls ist keineswegs absolut feststehend. Nach dem Unfallversicherungsgefeß umfaßt die Versicherung „die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle“. Diese Fassung hat den Berufsgenossenschaften, und in letzter Linie der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts, einen ziemlich Spielraum gelassen; mit der Zeit haben sich aber gewisse Normen gebildet, die freilich nicht durchaus feststehend sind und durch neue Entschiede der höchsten Instanz Abänderungen unterworfen werden können. In seinen neueren Entschieden sucht dabei das Reichsversicherungsamt den Begriff des Betriebsunfalls immer mehr einzuschränken, eine Tendenz, die trotz aller an die Adresse der „nationalen“ Arbeiterschaft gerichteten „wohlwollenden“ Versicherungen in Zukunft sicher noch stärker hervortreten wird, nachdem es den industriellen Scharmachern gelungen ist, auch noch den geringen Widerstand aus dem Wege zu räumen, der ihnen gar zu unerschämten Angriffen auf die Institutionen der Arbeiterversicherung hier und da noch von Mitgliedern der Reichsregierung entgegengefeßt wurde. So werden auf dem Umweg der Rechtsprechung die Verbesserungen wenigstens teilweise wieder illusorisch gemacht, die nach harten Kämpfen durch die Gesetzgebung erreicht wurden.

Der Entschädigungsanspruch des Arbeiters gegen die Unfallberufsgenossenschaft wird, wie oben schon gesagt, durch einen Betriebsunfall begründet. Ein solcher liegt nach der allgemeinen Auffassung vor, wenn durch die Tätigkeit im Gewerbebetrieb eines andern eine Verletzung der körperlichen oder geistigen Gesundheit oder auch der Tod des Angestellten eintritt. Nach dieser Definition würden auch die Gewerkerkrankheiten, wie Bleivergiftung, Phosphorneurose und dergleichen, als Betriebsunfälle zu betrachten sein. Dieser Auslegung ist jedoch das Reichsversicherungsamt entgegengetreten und hat einen entschädigungspflichtigen Unfall nur dann für vorliegend erachtet, wenn die Körperverletzung oder der Tod durch eine plötzliche, zeitlich bestimmbare Einwirkung der giftigen Gase oder sonstigen gesundheitschädigenden Umstände eingetreten ist. Nach dieser Auslegung würde also beispielsweise eine Bleivergiftung einen Entschädigungsanspruch begründen, wenn es sich nachweisen ließe, daß das Gift durch eine während der Arbeit erhaltene, an sich unbedeutende Handverletzung in den Körper eingebracht ist, nicht aber dann, wenn die Vergiftung durch andauerndes Umgeben mit Blei oder bleihaltigen Substanzen allmählich entstanden ist. Diese Argumentation ist natürlich außerordentlich gefühnt, es ist aber gar nicht daran zu denken, daß in absehbarer Zeit eine vernünftiger Auffassung sich Bahn brechen könnte. Das Reichsversicherungsamt hat in den ersten Jahren seines Bestehens mehrfach Urteile gefällt, die den Begriff der Plötzlichkeit der eingetretenen Gesundheitschädigung nicht gar so eng faßten. Diese Entschieden wurden aber noch unter dem ersten Leiter des Reichsversicherungsamts, Bödiker, getroffen, der bestrebt war, die Sozialgesetze auch in sozialen Geiste auszuführen und deshalb über die Klänge der Scharmacher springen mußte. Seine Nachfolger haben ihre Aufgabe weit besser erfaßt und setzen der „Rentenjucht“ der „arbeitscheuen“ Invaliden der Arbeit den gewünschten Widerstand entgegen.

Entsprechend dieser Auslegungskunst hält es auch außerordentlich schwer, bei Bruchschäden die Zahlung einer Unfallrente durchzusetzen. Das Reichsversicherungsamt verlangt da ebenfalls den Nachweis, daß der Bruch plötzlich während der Tätigkeit im Betrieb, etwa beim Heben einer schweren Last, hervorgerufen ist und weist die nachträglich geltend gemachten Ansprüche meist mit der Begründung ab, daß die Entstehung des Bruches regelmäßig mit so erheblichen Schmerzen verbunden sei, daß eine sofortige Niederlegung der Arbeit und Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe erforderlich sei. Es ist deshalb in solchen Fällen den betroffenen Arbeitern dringend zu raten, ihre Mitarbeiter oder einen Betriebsbeamten auf den Unfall aufmerksam zu machen und eventuell auch einen Arzt zu Rate zu ziehen, selbst wenn keine erheblichen Schmerzen zu spüren sind.

Dieser Rat ist, wenigstens in seinem ersten Teil, auch bei andern Unfällen, die wegen ihrer scheinbaren Geringfügigkeit gewöhnlich nicht beachtet werden, dringend zu befolgen. Ein zweites Moment für die Geltendmachung eines Entschädigungsanspruchs ist nämlich der Nachweis, daß der Unfall in ursächlichem Zusammenhang mit der Tätigkeit im Betrieb steht. Es ist dazu nicht unbedingt erforderlich, daß der Unfall etwa in der Fabrik, der Werkstatt oder auf dem Bauplatz selbst erfolgt. Der Anspruch auf Zahlung einer Rente ist auch dann gerechtfertigt, wenn der Unfall z. B. einen Monteur beim Aufstellen einer Maschine oder auf der zu diesem Zweck unternommenen Reise trifft, wenn dieses Unternehmen nur mit dem Betrieb selbst in Zusammenhang steht. Nach einer Entscheidung des Reichsversicherungsamts stellt der Betrieb den Subjekt der fortwährenden wirtschaftlichen Tätigkeit dar, er umfaßt alle Vorrichtungen, die sich auf die Vorbereitung, Durchführung und den Abschluß eines Unternehmens beziehen. Nun zeigen sich die Folgen eines Betriebsunfalls oft erst später, und es ist dann schwer, den Zusammenhang der Unfallfolgen mit der Tätigkeit im Betrieb nachzuweisen. Der Kampf um die Rente muß dann nur zu oft jahrelang und in nicht wenig Fällen erfolglos geführt werden, da die Vertrauensärzte der Berufsgenossenschaften fast regelmäßig finden, daß die verminderte Erwerbsfähigkeit oder auch der Tod des Unfallverletzten nicht auf einen Betriebsunfall zurückzuführen ist. Ein solcher Kampf um die Rente hat für die Betroffenen gewöhnlich die schwersten wirtschaftlichen und gesundheitlichen Folgen. Es ist deshalb nicht dringend genug darauf hinzuweisen, daß jede Verletzung, und mag sie noch so geringfügig scheinen, dem Betriebsleiter oder Mitarbeiter unter Darlegung der Umstände mitzuteilen ist, selbst auf die Gefahr hin, als besonders empfindlich zu erscheinen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Neue Diskonterhöhungen der europäischen Zentralnotenbanken: England und Deutschland. — Die Lage in Amerika. — Konjunktur und Rückgang der Bestellungen.

Die krisenhaften Ereignisse haben sich zuletzt förmlich überstürzt. Allerdings sind sie noch immer vorwiegend auf den Geld- und Kreditmarkt und die Börsen beschränkt geblieben. Ferner bilden nach wie vor die Vereinigten Staaten den eigentlichen Herd der Kreditkrise. Aber durch die notwendig gewordenen Gegenmaßnahmen gegen allzu starke Geldverlustrichtung sich das europäische Unternehmertum gleichfalls vor eine unerhörte Verteuerung des Leihkapitals gestellt.

Schon die Diskonterhöhungen der letzten Oktoberwoche waren außergewöhnlich: die Deutsche Reichsbank ging am 29. Oktober von 5 1/2 Prozent zu 6 1/2 Prozent über, die Bank von England am 31. Oktober von 4 1/2 Prozent auf 5 1/2 Prozent. Doch erst der Novemberanfang enthüllte der großen Öffentlichkeit den ganzen Ernst der Lage. Bereits vom 4. November ab setzte die Londoner Bankleitung ihre Rate auf 6 Prozent, vom 7. November ab sogar auf 7 Prozent fest. Am nächsten Tage beschloß der Zentralausschuß der Reichsbank, den Zinsfuß für Wechsel abermals um ein volles Prozent (von 6 1/2 auf 7 1/2 Prozent) zu steigern und entsprechend den Lombardzinsfuß (für Darlehen gegen Hinterlegung und Verpfändung von Wertpapieren und Waren) von 7 1/2 auf 8 1/2 Prozent emporzuschrauben. Inzwischen hatten bereits die französische Bank, die belgische Nationalbank, die schweizerische Nationalbank zu gleichen oder ähnlichen Sicherungsmitteln gegriffen; es folgten die schwedische Reichsbank, die dänische Nationalbank, die Banken von Bombay und Bengalen. Dabei steht der Uebergang zum neuen Jahre erst vor der Tür, der fast regelmäßig bei der Deutschen Reichsbank und bei andern Zentralbanken die höchste Inanspruchnahme mit sich bringt.

7 Prozent in England — seit dem großen Krach der 70er Jahre hat man einen solchen Bankdiskont nicht wieder erlebt. Ueber 6 Prozent war die Bank seitdem niemals wieder hinausgegangen. 6 Prozent hatte man allerdings öfter erhoben, so Ende 1878, Anfang 1882, Ende 1889, Ende 1899, schließlich im Oktober 1906. Und sogar die Verzweilungspolitik im Jahre 1873 hatte sehr bald wieder eine niedrige Zinsrate zurückgeführt, auf die in der Gegenwart vorläufig in keiner Weise zu hoffen ist. Am Sonnabend, den 18. Oktober 1873, war es, daß die Bank von England den Diskont bis auf 7 Prozent anziehen zu müssen glaubte; am Sonnabend, den 1. November, war man damals bereits bei 8 Prozent, am Freitag, den 7. November, bei 9 Prozent, am 27. November, beantragte man sich wieder mit 6 Prozent, am Jahreschluss sogar mit 4 1/2 Prozent. Diesmal werden sich das Auf und Ab kaum so rasch folgen. Bis zum Schluss der ersten Novemberwoche hatte die Bank von England 6 1/2 Millionen Pfund Sterling (130 Millionen Mark) Gold eingebüßt; das meiste davon war wohl über den Atlantischen Ozean gegangen. Aus den schließlichen Verlegenheiten half die Bank von Frankreich, die gleich in den ersten Novembertagen ihrer englischen Kollegin 75 Millionen Franc Gold gegen Sterlingwechsel zur Verfügung stellte.

Die Deutsche Reichsbank brauchte noch niemals einen Diskont von 7 1/2 Prozent zu normieren. Um auf ähnliche abnorme Verhältnisse zu stoßen, muß man bis auf den Beginn des deutsch-französischen Krieges zurückgehen, währenddessen die Reichsbank selber bekanntlich noch nicht bestand. Sogar die Rate von 6 Prozent war bis 1898 etwas ganz Außerordentliches; nur 1876 und 1882 hatte man vorübergehend mit ihr rechnen müssen. Erst auf dem Gipfel der Hochkonjunktur von 1898 bis 1900 gewöhnte man sich an die hohen Diskontsätze, die alsdann auch die diesmalige Prosperität seit 1905 begleiteten, während in den stilleren Zwischenjahren 1901 bis 1904 4 Prozent, (1902 und 1903) und 5 Prozent (1901 und 1904) nicht überschritten wurden. In der jetzigen letzten Oktoberwoche hatte man mit der Rate von 6 1/2 Prozent die Zurückdämmung des gefährlichen fremdländischen Goldbegehrens — meist handelte es sich um Goldabströmungen nach England, jedoch im Hinblick auf Amerika — nicht zu erreichen vermocht. Der Goldabfluß ins Ausland wuchs zusehends, so daß der Wochenausweis vom 31. Oktober gegen die Vorwoche eine Abnahme des Metallbestands um 58,12 Millionen Mark kundgab, bei einer gleichzeitigen Vermehrung der Inanspruchnahme für Wechsel um fast 100 Millionen Mark (99,24 Millionen Mark); ferner bei einer Vermehrung der umlaufenden Noten um über 78 Millionen Mark. Am 8. November legte der Präsident Dr.

Utopien.

Ein recht modernes Wort. Ein Wort, das dem Gewerkschaftler und Sozialisten alle Augenblicke an den Kopf geworfen wird. Ein Wort, das sich so leicht aussprechen, so bequem verwenden läßt, wenn man etwas nicht begründen will oder kann, und das sich doch so anhört, als ob es etwas bedeutet. „Denn gerade, wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zur rechten Zeit sich ein.“ Dies Dichterwort könnte die Arbeiterschaft auf die Stimmen ihrer meisten Gegner stampeln, ohne sich einer unberechtigten Heringschätzung schuldig zu machen. Es ist wirklich keine Verkennung der Tatsache, wenn man behauptet, daß es mit dem geistigen Rüstzeug unserer Feinde sehr mager bestellt ist. Von einigen rühmlichen Ausnahmen abgesehen, behelfen die meisten sich damit, die tausendmal widerlegten Schlagworte von neuem und oft ohne jedes tiefere Bewußtsein zu gebrauchen. Deshalb sind uns immer die Gegner am liebsten gewesen, die aus ihrem nackten Interessenstandpunkt kein Geheimnis machen und kurzerhand erklären: „Wer die Macht hat, hat das Recht.“ Das ist nicht fein, aber auch nicht sehr menschlich und gerecht, aber es ist klar und wird von jedem verstanden. Dem Arbeiter, der es liest oder hört, ist sein Kampfpost ganz unzweideutig angewiesen. Er kann sich danach einrichten.

Aber es sind doch nur Vereinzelte, die sich zu dieser brutalen Ehrlichkeit aufschwingen können. Die meisten suchen nach einem Mantelchen, um den Pferdesuß zu verhüllen, der die Natur ihrer Klassenegoistischen Bestrebungen allzu deutlich aufzeigen würde. Und sie tun so, als unterlägen sie wirklich die Beschwerden und Forderungen der Arbeiter und könnten sich nur nicht von der moralischen Berechtigung oder ihrer Ausführbarkeit überzeugen. Und da die Beweise so teuer wie Kaviar sind, so haben sie immer eine Reihe von Schlagworten griffbereit liegen, die — nun, die sich so anhören, als bedeuteten sie etwas, und die doch so hohl und nichtsagend sind wie taube Rüsse.

Das Wort „Utopie“ ist so eine kernlose Nuß. Es stammt von dem griechischen Utopia und bedeutet ungefähr soviel wie „Wolkenkuckucksheim“, „Nirgendwo“, „Schlaraffenland“.

Die praktische Verwirklichung der sozialistischen Ideenwelt z. B. ist in den Augen unserer Gehirnlahmen und böswilligen Gegner solch eine Utopie: ein erträumtes, aber nicht realisierbares Reich. Der bourgeoise Gelehrte traut seine verstaubten Schwabacher aus, um es mit weltfremder Gelehrsamkeit und mittelalterlicher Sinnesverfassung zu beweisen. Der satte Spießbürger, der das Denken wie den Teufel haßt, spricht es befraglich nach, froh, daß es jemand beweisen zu haben scheint. Der Diplomat bläht sich lächelnd mit dieser Weisheit, und der bürgerliche Politiker donnert es zu den Parlamentärstribünen hinauf: „Utopie!“

Das Publikum erschauert und sieht mitleidig auf die armen Schwächer hinab, die da aus purem Wind ein Haus bauen wollen. Und — leider, leider! — sogar Arbeiter gibt es, die es gläubig nachplappern und sich etwas darauf zugute tun, nicht zu den „Utopisten“ zu gehören, sondern noch erdfeß auf ihren Feinden zu stehen.

Diese Verblendeten wenigstens müßten bald heraus haben, daß es mit den Worten wie mit den Rüssen ist: Man muß sie aufknaden, um zu sehen, was darin steckt, d. h. man muß auf ihre wiederholte Anwendung achten.

Machen wir einen Versuch mit der „Utopie“.

Nicht nur der Sozialismus ist in den Augen der oben Genannten eine Utopie. Einzelne gewerkschaftliche Forderungen schon sind es. So hat der Achtstundentag unzählige Male in Scharmacherreden und Scharmacherblättern, in Parlamentsreden und Diplomatenerklärungen den Ehrentitel „Utopie“ erhalten, trotzdem er in einigen Gewerben, einigen Ländern strikte durchgeführt ist, ohne irgendwelche nachteilige Wirkungen zu zeigen. Es sei nur bemerkt, daß etwa 3200 Verbandsmitglieder, meist Sandsteinmehrer, sich ebenfalls schon den Achtstundentag erkämpften. Vor 10 Jahren noch hatten unsre Meister über die Achtstundentagforderung nur ein verächtliches Hofnadelchen übrig. Das Geschwätz von „unsern“ Utopien, wenigstens in einer Frage, wird von den Unternehmern jetzt weniger gebraucht werden können. So hat fast jede Forderung der Gewerkschaften es sich in der Zeit ihres ersten Entstehens gefallen lassen müssen, utopisch genannt zu werden.

Und überall ist es so. Kein Fortschritt, auf welchem Gebiete auch immer, und mag er noch so klein sein, entgeht dem Schicksal, zu einer Utopie gestempelt zu werden. Da ist das jammervolle preußische Wahlrecht, das die Proletariat des größten deutschen Bundesgebietes in ihrem engeren Vaterlande absolut rechtlos macht. Seit einem halben Jahrhundert fordert der Liberalismus in seinen Programmen, Zeitungsartikeln und Parlamentarischen gelegentlich das allgemeine und gleiche Wahlrecht, ohne besonderen Nachdruck allerdings. Und jetzt kann man in den Zeitungen der famosen Wladopolitiker von der rechten bis zur linken Seite lesen: „Die Forderung der Sozialdemokraten in Preußen, das Reichstagswahlrecht einzuführen, kann nicht anders als utopisch genannt werden.“ Gott segne den Griechen, der dies Wort erfand! Es verbrämt mit mystischem Zauber die jämmerlichste Affäre!

Auch die Einführung der Sonntagsruhe war einst eine „Utopie“ sondergleichen! Mit Händen und Füßen hat das Ministerium sich dagegen gestraubt und alle Register seines Schrei-Instrumentes gezogen, um den — natürlich! — unausbleiblichen Untergang des deutschen Handels und der dito Industrie zu prophezeien. Der Neunundsechzigjährige — wir bitten, nicht zu lachen! — hat es sich gefallen lassen müssen, utopisch genannt zu werden. Der Normalarbeitstag der Jugendlichen, das Verbot der Kinderarbeit, die Krankenfürsorge — alles, alles waren einmal Utopien für jene, die im Volke nur „Kultur-dünner“ sehen und es deshalb am liebsten unter die Füße stampfen möchten.

Reberkommene Dummheit und böswillige Beschränktheit — oder beschränkte Böswilligkeit — stehen immerdar zusammen, um den emporschwebenden Menschengestirten niederzudrücken, um seine Blut und schöpferische Kraft mit dem hämischen Einwurf der „Utopie“ zu dämpfen. Man darf ganz wahllos hineingreifen auch in die Masse hervorragender Erfindungen, um dieselbe Bild-

zu gewahren. Kaum eine wird sein, die in ihren Geburtswehen mit dem Eigenschaftswort „utopisch“ bedacht wurde! Solomons-tube und Dampfgeschiff, Luftschiff und Fernrohr, Schmaßchine und lenkbare Luftschiff — sie alle stammen aus dem „Wolkenkuckucksheim“ des schaffenden Geistes, aus dem „Nirgendwo“ der schöpferischen Phantasie, die sich nie zufrieden gab mit dem, was ist, nie zufrieden geben wird, sondern die all ihren Fleiß, all ihre arbeitende Lust daran setzt, Neues, Besseres, mit einem Worte: Utopisches in die Wirklichkeit zu übertragen. Vor einigen Tagen erst fiel uns eine Zeitschrift aus den siebziger Jahren in die Hände, wo in überlegener Weise die praktische Anwendbarkeit des — Fernsprechers als Utopie lächerlich gemacht wurde!

Diese Beispiele liegen sich, wie gesagt, ins Unergründliche vermehren. Wie viele Erfinder sind verblutet unter dem Hohn der Welt, wie viele kämpfende Geister endeten in Not und Elend — nur weil die Menge der Toren sie Utopisten schaltete! Freilich nur so lange, bis sich allem Hohn zum Trotz der mächtige Gedanke durch alle Hindernisse durchstieß und die aufgeschauften Dummheit und Niedertracht zur Seite ließ.

Und das ist das Trübselige dabei: die „Utopien“ haben eine geheimnisvolle Macht. Langsam, viel zu langsam, aber mit unüberwindlicher Sicherheit erobern sie die widerstrebende Welt. Und wenn die Arbeiterschaft heute noch mit einer Welt voll Feinden und Indifferenten zu rechnen hat, das mag ihre Zuversicht stärken: vor dem Gedanken zwar kann der Törichte sich verstellen, vor der Prophezeiung kann man die Ohren verstopfen — aber vor der vollendeten Tatsache werden sich auch die Blindesten beugen! Die Erfahrung beweist es uns an jedem Tage.

Es ist schlimm, daß diese mühselige Bahn von jedem Fortschritt, auch dem geringsten, erst durchlaufen werden muß, ehe er zum Siege gelangt. Es ist dumm und lächerlich, daß er erst mit dem Namen „Utopie“ getauft sein muß, ehe er Aussicht hat, einst vom Sostanna des denkschwachen Philosophen begrüßt zu werden. Es ist ein trauriges Armutszeugnis, das die Menschheit sich immer wieder ausstellt. Wird sie nie zu der Erkenntnis kommen, daß man sparsam, sehr sparsam mit dem Vorwurf der Utopie umgehen muß, wenn man nicht den Aufstieg großer Gedanken und schöpferischer Kräfte hemmen will?

Die Arbeiterschaft wenigstens sollte bis zu ihrem letzten Sinne die Wahrheit erkennen, daß das Wort „Utopie“ eben ein Wort ist, mit dem sich allenfalls Kinder, nicht aber kämpfende Geister schrecken lassen, die in der ganzen Menschheitsgeschichte die leuchtenden Siege der Utopien bezeichnet finden.

Wir schließen mit einem trefflichen Worte des Engländers Ruskin:

„Utopisch, das ist auch eines von des Teufels Lieblingswörtern. Ich glaube, die Ruhe und Bereitwilligkeit, mit der wir alle es zulassen, daß etwas, weil es lange verkehrt gewesen ist, niemals richtig sein soll, ist eine der verhängnisvollsten Quellen des Elends und Verbrechens, darunter die Welt leidet.“

Roch dem Zentralausschuß nochmals dar, daß die Reichsbank in einer Woche von neuem rund 50 Millionen Mark Gold an das Ausland verloren habe, teils in fremden Goldmünzen, teils in Zwanzigmarskfücken. Wenn man nicht den vollen Anprall des ausländischen Goldbegehres ausschließlich auf Deutschland lenken wollte, so mußte man wohl oder übel der Londoner Diskont-erhöhung sofort folgen.

Wie haben sich aber die Verhältnisse in Amerika selber gestaltet? Raum wesentlich besser, als wir sie das letztmal schilderten. Wie so oft, rächt sich der beispiellose amerikanische Gründungs- und Wüstenwindel jetzt dadurch, daß alle Werte nichtig und verächtlich erscheinen, außer barem Geld oder doch gesetzlich dem Hartgeld gleichgestellten Zahlungsmitteln. Ueberaus charakteristisch lesen wir in einem großen englischen Fachblatt: „Das dringendste Erfordernis ist augenblicklich eine Maßnahme, die bewirkt, der amerikanischen Geschäftswelt in irgendwelcher Form Zahlungsmittel zugänglich zu machen, deren innerer Wert fraglos anerkannt wird. Die gewöhnlichen Hilfsmittel der wirtschaftlichen Zivilisation scheinen hier vorläufig zu versagen. Selbst ein so außerordentlicher Notbehelf, wie die Ausgabe von Clearinghauscheinen seitens der Nationalbanken, hat nichts genützt. Wer Gold besitzt, hält es in Verhüllnis; warum sollte man sich der einen Reichtumsform entäußern, die bei dem heutigen abnormen Zustand allein unerschütterlich daheißt? Aber man muß etwas finden, und zwar sofort, was den Abgrund ausfüllt, der dadurch entstanden ist, daß alle gewöhnlichen Zahlungsmittel in ihrer Wirkungskraft zusammengekrumpft sind, außer hartem Geld und seinen gesetzlichen Ersatzmitteln.“ Bis jetzt hat man jedoch noch nichts gefunden, und auch der Gedanke, den Kongreß zu einer Sonder-sesssion, eigens für die Beratung einer Bank- und Währungsreform, zusammenzuberufen, ist aufgegeben — einmal, weil jede Reform erst nach Monaten ihre Wirkungen entfalten könnte, ferner jedoch, weil Schwindelwerte und Entwertungen im heutigen kapitalistischen System wohl durch eine allgemeine „Abrechnung“, d. h. eben: durch eine Krisis, aber nicht mit Geld-quadsalbereien geheilt werden können, so notwendig für die Vereinigten Staaten die Herstellung einer größeren Zahlungsmittelaufschlagigkeit sonst sein mag. In der Vossischen Zeitung schildert ein Korrespondent noch heute die Lage folgendermaßen:

„Die Goldprämie (das Aufgeld für wirkliche Goldmünze) von etwa 3 Prozent hat sich behauptet, Zeitdarlehen sind in Newyork nicht unter 10 Prozent zu haben, die Gehälter und Löhne werden nach wie vor in Schecks (Bankanweisungen) ausbezahlt, und bedrohliche Gerüchte laufen von Schwierigkeiten hervorragender kaufmännischer Firmen.“ Die Erregung kommt ferner darin zum Ausdruck, daß man die großen Kupfons für den ganzen Zusammenbruch verantwortlich zu machen sucht: sie sollen die Kursstürze und die Panik gewollt haben, um die trübseligen Agitationen und Gerüchte zum Schweigen zu bringen. Das ist zum mindesten maßlos übertrieben. Tatsache ist dagegen, daß die noch aufrechtstehenden und leistungsfähigen Finanzkräfte ein, reiche Gewinne versprechendes Tätigkeitsfeld finden in dem Ankauf spottbilliger Wertpapiere und in den Sanierungen schwandender Unternehmungen. So behauptet N. Pierpont Morgan sein gutes Herz, indem er von ein paar hilflosen Treuhändergesellschaften die aufgespeicherten Aktien der Tennessee Kohlen- und Eisenkompanie übernahm, zu einem Spottgeld natürlich und zugleich mit dem beglückenden Gefühl, daß er nunmehr den zürstigen Gegner seines Stahltrusts vollständig in den Händen habe. Wenn das Börsenschlachtfeld besser zu übersehen sein wird, so werden wir als Ergebnis wahrscheinlich noch viele solche „Konzentrationen“ konstatieren können.

Bei uns sind bisher größere Katastrophen nicht zu verzeichnen. Jedoch häufen sich die kleineren Zusammenbrüche mehr als je. Woran schreitet diesmal Hamburg, ähnlich wie bei der letzten Krisis Leipzig mit seinem Egner- und Treberkongern. So stellte in den ersten Novembertagen die Firma F. Vappenberg, die Kommissions-, Import- und Exportgeschäfte betrieb, infolge großer Verluste an der Warenkundschaft, mit etwa 2 Millionen Passiven, ihre Zahlungen ein. In Berlin ist dem großen Hotelgründungsring, der sich mit dem Namen Eberbach verknüpfte, und der allerhand Hotels innerhalb und außerhalb der Reichshauptstadt zu einem förmlichen Hoteltrust vereinigen wollte, infolge der Kreditverweigerung und Geldklemme vorzeitig der Atem ausgegangen.

Für die Produktion wird sich die Zurückhaltung in den Weltellungen wahrscheinlich rasch fühlbar machen. Niemand möchte sich bei den offenbar langandauernden Schwierigkeiten der Kreditbeschaffung irgendwie für die Zukunft engagieren; jedermann wartet mit seinen Aufträgen, weil er später zu niedrigeren Preisen abzuschließen hofft, und weil er bei der überwiegenden pessimistischen Stimmung den künftigen Absatz sich wesentlich einengen sieht. Bis zum Jahreschlusse werden wir uns deshalb noch auf viele Überraschungen gefaßt machen müssen.

Berlin, 18. November. Max Schippel.

Sterblichkeit im Steinarbeiterberuf.

Befieht man sich die Sterbetafel unseres Verbandsorgans, so findet man, daß der Tod auch in diesem Jahre wiederum große Opfer aus den Reihen der Kollegen forderte. Es starben vom 1. Januar 1907 bis zum 1. November insgesamt 280 Steinarbeiter. Von diesen erreichten ein Alter bis 20 Jahren 2, von 21 bis 30 Jahren 46, von 31 bis 40 Jahren 90, von 41 bis 50 Jahren 57, von 51 bis 60 Jahren 27, über 60 Jahre waren 4 der Verstorbenen alt, bei 4 war kein Alter angegeben. Diese Zahlen beweisen ganz klar, daß die Steinarbeiter im schon steinernen Altersalter aus dem Leben scheiden müssen. Allgemein aber wird die Zahl der verstorbenen Steinarbeiter noch größer sein, denn die Sterbeziffern bei den Unorganisierten kennen wir nicht. Sowie aber weiß man aus Erfahrung, daß da, wo keine Organisation besteht, auch keine geregelten Verhältnisse vorhanden sind, folglich die Steinarbeiter ungeheurer Schufen müssen und dabei noch schlecht entlohnt werden. Daß dort die Sterblichkeit noch umfangreicher ist, kann ja nicht bestritten werden. Dann kommen noch hinzu diejenigen, die christlich organisiert sind; der Tod fragt nicht danach, ob einer frei oder christlich organisiert ist.

Die meisten Steinarbeiter sterben an Lungenerkrankheiten. Wenn man bedenkt, daß die obenangegebenen Kollegen zum großen Teil in den 30er Jahren aus dem Leben geschieden sind, so sollte man doch glauben, daß unter den Steinarbeitern kein einziger mehr vorhanden sein könnte, der nicht nach besseren Arbeitsverhältnissen Verlangen hätte. Wenn man dann weiter feststellen würde, wieviel Frauen- und Kinder in Not und Elend zurückgeblieben sind, so würde sich doch so mancher sagen: das sind Zustände, die himmelschreiend sind. Angestrichen solcher Tatsachen sollte man es nicht für möglich halten, daß es noch so herzlose Unternehmer gibt, die den gerechten Forderungen der Steinarbeiter nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen so schroff gegenüber stehen.

Den Steinarbeitern wird weiter der Vorwurf gemacht, sie seien selbst an ihrem frühen Tode schuld. Stirbt ein Steinarbeiter, so heißt es gewöhnlich, der hat sich zu Tode gefressen. Allein ich möchte die Frage aufwerfen: Wieviel bleibt denn einem Steinarbeiter von seinem Verdienst übrig, wenn er eine Familie zu ernähren hat? Die Löhne der Steinarbeiter sind nicht so gestellt, daß einer viel zum Trinken übrig hat. Sollten sich aber noch solche Kollegen finden, so möchte ich ihnen zurufen: Fort mit dem Teufel Alkohol und einem nüchternen und soliden Lebenswandel Platz gemacht.

An der großen Sterblichkeit der Steinarbeiter ist das Unternehmertum in erster Linie schuld; bei Submissionen werden die Preise ungeheuer gedrückt, für die Kollegen werden dann die Löhne immer mehr gekürzt.

Einen Teil der Schuld an den miserablen Berufsverhältnissen tragen aber auch die Kollegen, die dem Steinarbeiterverband noch fernstehen. Schon aus menschlichem Gefühl sind sie es ihrer Familie schuldig, dafür einzutreten, daß bessere Berufsverhältnisse geschaffen werden, damit sie ihrer Familie länger erhalten bleiben. Ein Vater hat nicht seine Pflicht erfüllt, wenn er Kinder erzeugt und sich um die Erziehung derselben keine weiteren Sorgen macht. Aber auch den Frauen muß es endlich klar werden, so weit sie bis heute noch der Organisation feindlich gesinnt waren, daß es ihre Pflicht ist, ihre Männer aufzufordern, daß diese jederzeit der Organisation treu bleiben.

Die große Sterblichkeitsziffer in unserm Berufe ist die größte Anklage gegenüber der bestehenden Klasse. Kollegen, denkt an die Worte:

„Harte Arbeit, baldiger Tod,
Das ist unser Steinarbeiterlos.“ W.

„Ich verzichte!“

Ein großer Uebelstand, den man häufig in unsern Versammlungen beobachten kann, ist der, daß niemand einen Vorschlag annehmen will. Sobald die ersten Vorgesprochenen „verzichten“ haben, kann man sicher sein, daß ihnen noch 10—20 im „Verzichten“ folgen. Sehen wir nun den Ursachen dieser beschämenden Tatsache nach, so werden wir finden, daß es bei einigen Unsicherheit ist, sie fürchten (vielfach mit Unrecht), den Vorschlag nicht ausfüllen zu können, sie wollen sich nicht blamieren, bedenken aber nicht, daß sie damit den gemeinsamen Fortschritt hemmen. Ein jeder hat das Recht und die Pflicht, seine Meinung zum Ausdruck zu bringen, wie er es vermag, die Hauptsache dabei ist der gute Wille, der gemeinsamen Sache zu dienen. Aber es sind immer etliche da, die auf einen „ausgehauenen Bauer“ warten, um dann in ein homerisches Gelächter einzufallen; einer fängt an und seine Freunde stimmen aus Solidarität mit ein. Der Redner wird stutzig, er kann schließlich in dem, was er gesagt hat, keine Dummheit finden, verliert den Faden und muß dann in einer für ihn ganz unangenehmen Situation abbrechen. Fürs zweitemal wird er so leicht nicht wieder etwas sagen. Derartige Fälle sind mir häufig passiert; ich habe mir aber nichts daraus gemacht, im Gegenteil habe ich mich immer gefreut, den „neunmal Weisen“ einige vernünftige Augenblicke bereiten zu haben. Aber ein jeder hält es nicht ab, als Zielscheibe des Spottes zu dienen, deshalb sollten die Redner etwas vorsichtiger sein und sich immer erst fragen, ob sie es gegebenenfalls besser gemacht hätten. Man soll weniger auf die Wahl der Worte, als auf den Sinn achten. Ein anderer Grund, weshalb so viele „verzichten“, ist die häufig zu beobachtende „Kritik“, richtiger Mängel, die so viele an sich haben. Als Vorsitzender einer Zahlstelle hatte ich eine Agi-

**Wer seine Mitgliedsrechte
erhalten will, zahle seine
laufenden Beiträge. Auch
die Extra-Beiträge müssen
entrichtet sein.**

tationstour zu unternehmen, dem Passierer (der außerhalb wohnte) schrieb ich, er möchte mir das Geld, was ich für Arbeitsvermittlung bekomme, am Sonnabend mit vorbringen, weil er doch an unserm Verkehrslokal vorbei mußte. Er bringt es auch, kommt jedoch nach einiger Zeit mit einem als „Kritiker“ gefürchteten Kollegen wieder, und der fängt nun an zu „hänkeln“: Das gibt es überhaupt nicht! Wenn der Geld haben will, soll er es sich holen, das wäre noch schöner, das wollen wir ihm schon zeigen usw., natürlich immer aus respektabler Entfernung. Ein anderer wird, weil er nicht unter Lohn arbeiten will, entlassen, was nebenbei bemerkt wohl mehr oder weniger einem jeden von uns schon passiert ist. Er kommt zu mir und trägt mir den Sachverhalt vor, ich sage ihm, ich wolle mir die Sache überlegen, was darin zu machen sei. Darauf geht er fort, und wie ich ihm wohl anmerkte, mit dem Resultat seiner Mission nicht ganz zufrieden. In der nächsten Wirtschaft erzählt er, ich (der Vertrauensmann) sei ein großer Lump. Was hat der nun erwartet? Sollte ich einen Revolver zu mir stecken, sofort mit ihm gehen und den Unternehmer totschießen? Es gehört eine Wilts-Gant dazu, um bei den Kritiken dieser mehr oder weniger großen Strohköpfe und Kleinlichkeitsräuber die Ruhe zu bewahren. Die Großstadt bietet dem Arbeiter so viel, um seinen geistigen Horizont zu erweitern, Partei und Gewerkschaftskartelle veranstalten wissenschaftliche Vortragsabende, Regitationen von volkstümlichen Dramatiken usw., wo dem Arbeiter für wenige Pfennige wirklich Gutes geboten wird. Aber ein großer Teil unserer Kollegen hat dafür leider keinen Sinn.

Würden die Kollegen mehr diese volkstümlichen Veranstaltungen besuchen, ich glaube, in den Gewerkschaftsversammlungen würden sehr oft die Debatten auf einer bedeutsameren Höhe stehen. Die Kollegen würden sich aber weiter mehr ihren gewerkschaftlichen Pflichten widmen und sich auch dann herbeilassen, Posten innerhalb des Verbandes anzunehmen und sie mit großer Begeisterung auch ausfüllen. Das blamable Wort „ich verzichte“ würde dann mehr bei unsern Tagungen verschwinden. Noch ein andres sei betont und das betrifft erfreulicherweise nur einen kleinen Teil unserer Verbandsmitglieder, ich meine den übermäßigen Alkoholgenuß. Ich kenne Kollegen, die sitzen lieber möglichst nahe der „Lombank“ (in der Destille die Ladentafel) und betrachten es als ihre Lebensaufgabe, den Alkohol aus der Welt zu schaffen, indem sie möglichst große Quantitäten davon vertilgen, und anderntags renommieren sie mit der Anzahl „Halbe“, die hinter der Wunde verschwunden sind. Selig sind, die da geistig arm sind. Hh.

Ein Notschrei pfälzischer Steinarbeiter.

In der bayerischen Rheinpfalz haben wir eine starke Steinindustrie. Die Löhne der dortigen Berufskollegen sind die denkbar niedrigsten. Am allerschlechtesten bezahlte bisher die Pfälzische Eisenbahngesellschaft, die selbst ausgebeutete Steinbrüche betriebe inne hatte. Nun sind die pfälzischen Eisenbahnen verstaatlicht worden, und so wandten sich die 700 beschäftigten Steinarbeiter von Kammelsbach mittels einer Petition, die vom Gauleiter Kraft verfaßt ist, an den bayerischen Landtag mit dem Ersuchen, daß die Steinbrüche ebenfalls der Staat übernehmen und betreiben möchte. Selbstredend sollen dann den Steinbrucharbeitern auch die Einrichtungen zugute kommen, die für die übrigen Arbeiter, die im Staatsbetriebe beschäftigt sind, Gültigkeit haben.

Aus der Petition haben wir bloß etliche Punkte hervor:

Entlohnung.
Die Entlohnung der circa 700 beschäftigten Personen im Steinbruch Kammelsbach ist eine verschiedenartige. Das Lohnentkommen der im Afford beschäftigten Arbeiter schwankt mit einzelnen Ausnahmen zwischen 30 und 50 Pfg. pro Stunde. Im Afford werden durchschnittlich vier Fünftel der Arbeiter beschäftigt. Demgegenüber wird für das Tagelohnpersonal nur ein Stundenlohn von 25 Pfg. bezahlt, was in Anbetracht der teureren Lebensmittelpreise am Plage in keiner Weise ausreicht ist. Das Verlangen der Steinbrucharbeiter in dieser Sache ist 1. eine Festsetzung des Minimallohnes für Tagelöhner in der Höhe von 40 Pfg. pro Stunde. 2. möge für die Affordarbeiter zwischen Arbeiterausschuß und der kgl. Staatsbahnverwaltung ein Afford-Preisverzeichnis vereinbart werden, das mit einer besseren Regelung der sehr ungleichen Entlohnungsverhältnisse dieser Leute herbeigeführt wird.

Da ja bekannt ist, daß eine königl. bayerische Staatsbahnverwaltung Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitern und Unternehmern als segensreich anerkannt hat, so ersuchen die Arbeiter, auch ihre Verhältnisse tariflich festzulegen.

Arbeitszeit.
Die Arbeitszeit ist bisher eine unbeschränkte für Affordarbeiter und richtete sich zum Teil nach der Tageslänge. Generell ist dieselbe durch Arbeitsordnung für alle Arbeiter mit Ausnahme der Steinbrecher und jugendlichen Arbeiter auf 11 Stunden festgesetzt, trotzdem durch Gesetz vom 20. März 1902 (Bundesratsverordnung) die Arbeitszeit für die Kategorien auf täglich 9 bzw. 10 Stunden festgesetzt wurde. Wir ersuchen nun die hohe Kammer, für alle Steinbrucharbeiter die tägliche Arbeitszeit auf neun Stunden festsetzen zu wollen.

Pensionsverhältnisse.
Eine derartige soziale Wohltat besteht für die Steinbrucharbeiter in der Pfalz nicht. Wir ersuchen mit der Ueberführung des Steinbruchs um gleichzeitige Aufnahme der Arbeiter in Abteilung B der Pensionskassen des bayerischen Staates, ohne irgendwelche Nachzahlungen seitens der Arbeiter.

Allgemeine Wünsche.
Bei diesem Punkte erlauben wir uns in bezug auf Urlaub, Freitagen, Wohnungsgeldzuschuß auf die Eingabe vom Verband Süddeutscher Eisenbahner zu verweisen und ersuchen wir die dort zum Ausdruck gebrachten Wünsche auch auf die Steinbrucharbeiter übertragen zu wollen. Desgleichen wird gebeten, daß ebenso wie dem Bahnpersonal auch den Steinbrucharbeitern Kohlen zum Selbstkostenpreis geliefert werden.

Da die gegenwärtig vorhandenen Schutzbrillen dem richtigen Zweck nicht entsprechen, so wird gebeten, daß mit dem Arbeiterausschuß im Verein mit der Verwaltung eine Verbesserung geschaffen wird.

Da die im Steinbruch beschäftigten Personen zum größten Teil aus langjährigen alten und geschulten Arbeitern bestehen, so ist es sicherlich angebracht und ein Akt der Gerechtigkeit, wenn der bayerische Staat diesem tüchtigen Personalstamm, der jahrelang unter den ungünstigsten Verhältnissen seine volle Pflicht und Schulpflicht erfüllt, jetzt eine kleine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dieser Arbeiter herbeiführt.

Wie verlautet, sollen die ältesten Arbeiter, welche bereits 35—40 Jahre ununterbrochen im Betriebe tätig waren, abgelegt werden.

Wir erwarten, daß der bayerische Staat, entsprechend seinem Ansehen, dieses nicht billig und seine Hand hierzu nicht reich, da ja solche ältere Arbeiter der öffentlichen Armenpflege dann überliefert werden.

Wir hoffen im Interesse unserer Kollegen in Kammelsbach, daß die beschriebenen Forderungen die bayerische Regierung wohlwollend berücksichtigen möchte. Die sozialdemokratische Fraktion wird sich dieser Angelegenheit sicherlich mit großer Eingabe annehmen. Wenn im bayerischen Landtage diese Petition zur Sprache kommt, werden wir darüber berichten.

Zum internationalen Kongreß der Steinarbeiter in Kassel.

Der Verband der Steinarbeiter Oesterreichs beantragt, in die provisorische Tagesordnung des 3. Internationalen Steinarbeiterkongresses zwischen den Punkten 3 und 4 nachfolgenden Punkt einzuschließen: Stellungnahme gegen die Sonderorganisationen.

Unser österreichisches Bruderorgan schreibt hierzu:

Daß wir diese Ergänzung der Tagesordnung des Internationalen Steinarbeiterkongresses beantragen, ist nicht nur aus den speziell österreichischen Verhältnissen entsprungen, sondern die Stellungnahme gegen die Sonderorganisationen ist eine internationale. Wir Oesterreicher sind schon durch den Reichsgewerkschaftskongreß gebunden und dürfen die Sonderorganisationen nicht anerkennen. Trotzdem die internationale Ausbeutung der Arbeiter durch die Unternehmer auch den österreichischen Steinarbeitern bekannt ist, war es bisher nicht möglich, die lokal und national organisierten Steinarbeiter zum Anschluß zu bewegen und so durch die Einheit der Zentralorganisation die Widerstandskraft der Steinarbeiter Oesterreichs zu erhöhen, um der internationalen Profitgier der Unternehmer wirksamer entgegenzutreten zu können. Es bestehen in Oesterreich vier Sonderorganisationen, und zwar der Verband der Steinarbeiter in Gassau in Böhmen mit circa 50 bis 60 Mitgliedern, die Union fra Operai Scalpellini e Ornattisti Trieste in Triest mit circa 120 Mitgliedern, der Allgemeine Gewerkschaftsbund für Oberösterreich, der vorherrschend aus Steinarbeitern besteht, mit beiläufig 100 Mitgliedern. Diese drei Sondervereine sind infolge ihrer kleinen Mitgliederzahl und den niedrigen Beiträgen, die sie einheben, außerstande, für die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Steinarbeiter wirksam einzugreifen. Als letzten national gesonderten Verband haben wir noch in Oesterreich den in Prag seinen Sitz habenden Udredni spoz kamenodelniku v Rakousku. Dieser Verband hat sich im Jahre 1906 gebildet und ist von uns getrennt; er vereinigt einen Teil der tschechischen Steinarbeiter und umfaßt ungefähr 2000 Mitglieder. In bezug auf die Trennung werden wir in einem ausführlichen Bericht auf dem Internationalen Steinarbeiterkongreß zurückkommen.

Nicht nur Oesterreich allein, auch andre Länder haben mit Sonderorganisationen zu rechnen, welche alle in nationaler, konfessioneller, lokaler und in parteipolitischer Beziehung gegründet wurden und zum Nachteil der Steinarbeiter die Bewegungsfreiheit der internationalen Zentralverbände hemmen. Wir erachten es daher für notwendig, durch konkrete Beschlüsse auf internationalem Wege Klarheit zu schaffen. Der Punkt 4 der provisorischen Tagesordnung, die Schaffung einheitlicher Quittungsbücher, ist sehr zu begrüßen. Die Sonderorganisationen werden dadurch nicht mehr ihren Mitgliedern täuschend ähnliche Quittungsbücher ausfolgen können, die für unrechtmäßige Bruderorganisationen schwer von den internationalen angeschlossenen Verbandsquittungsbüchern zu unterscheiden sind. Es wird mit der Einführung einheitlicher Quittungsbücher einem Bedürfnis entsprochen, damit der Nachahmungstrieb den Sonderorganisationen abgewöhnt wird. Um die Reichsorganisation kräftig auszubauen, soll im Interesse und zum Schutze unserer Mitglieder gegen Unternehmervillkür eine stramme internationale Organisation geschaffen werden.